197. Freitag, den 24. August 1866. 197.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die in der Umgegend von Scharfenort herrschende Cholera wird der auf den 28. d. Mts. in Scharfenort anstehende Jahrmarkt in Gemäßheit des §. 13. der unter dem 8. August 1835 Allerhöchst genehmigten sanitäts-polizeilichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten hierdurch aufgehoben.

Posen, den 24. August 1866.

Der Ober-Präsident der Provinz Posen.

Amtliches.

Berlin, 24. August. Der Seminarlehrer Weiland in Bromberg ist als erster Lehrer am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Kozmin angestellt worden.

Bekanntmachung.

Zu Hanau und zu Hersfeld in Kurhessen sind am 20. August c. Telegraphenstationen mit beschränktem Tagesdienste (confr. §. 4. der Telegraphen-Ordnung für die Korrespondenz im Deutsch-Oestreichischen Telegraphenverein) eröffnet worden.

Berlin, den 22. August 1866.

Königliche Telegraphen-Direktion.
v. Chauvin.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 23. August, Vormittags. Die amtliche „Wiener Ztg." veröffentlicht das Schreiben des Freiherrn von Beust, in welchem derselbe seine Entlassung nachsucht, weil seine Person ein Hinderniß der Friedensverhandlungen sein könnte. Die Antwort des Königs von Sachsen lautet sehr schmeichelhaft für den Minister und versichert denselben einer steten Dankbarkeit.

Dresden, 23. August, Nachm. Wie das „Dresdner Journal" meldet, beschäftigt sich das Ministerium des Innern bereits mit den Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen.

Leipzig, 23. August, Abends. Der preußische Civilkommissar von Wurmb hat den hiesigen Kreisdirektor von Burgsdorf von seinem Amte suspendirt.

Paris, 23. August, Nachmittags. Die Kaiserin von Mexiko ist heute Morgen abgereist.

Unsere Provinz im Frieden.

II.

Es muß auffallen, daß während der ganzen Krisis unsere beiden ländlichen Kreditinstitute in fast völlige Unthätigkeit versunken sind. Das ältere wird auch seine ehemalige Thätigkeit aus bekannten Gründen nicht wieder erneuern, das „Neue" dagegen, dessen Hülfe gegenwärtig nur gegen hohe Opfer zu erlangen war, thut dem Grundbesitz fühlbaren Schaden, wenn es nicht sehr bald durch die längst erwartete Ausgabe der neuen Pfandbriefs-Serie die Aufnahme von Pfandbriefen ermöglicht. Die Grundbesitzer, welche in der jetzigen Krisis ihre Zuflucht zum Neuen Kreditverein nahmen, thaten dies nur nach langem Sträuben und um einem noch härteren Verluste zu entgehen. Wenngleich die Ausgabe der neuen Pfandbriefs-Serie an die Einführung mancher Reformen des Instituts geknüpft ist, so hätte doch, scheint uns, auch zur Berathung der letzteren eine kürzere Frist hinreichen können. Bei der unerklärlich langen Dauer dieser prinzipiell doch nicht so wichtigen Erwägungen taucht immer wieder die Meinung auf, daß die Zögerung eine absichtliche sei und auf politischen Hintergedanken beruhe. Vielleicht, daß der Friede ihr ein baldiges Ende macht, da möglicher Weise bei Ausbruch des Krieges der Gedanke vorwiegend war, daß eine Vermehrung der Pfandbriefe deren Kurs noch mehr herabdrücken werde. Jetzt ist dies nicht zu befürchten.

Für einen großen Theil von Landgütern, die sich in der Separation befinden, entsteht eine große Fatalität daraus, daß ihre Beleihung aus öffentlichen Kassen beanstandet wird. Gleichwohl wird an vielen Orten mit dem Abschluß der Recesse, selbst, wo es sich nur um die Erledigung geringfügiger Dinge handelt, sehr gezögert. Es empfiehlt sich daher im Interesse der Beschleunigung, die Separationen überall, wo partielle Auseinandersetzungen sie ungebührlich in die Länge zu ziehen drohen, durch einen Hauptrezeß zu schließen und alles Nichterledigte einem Nebenrezeß vorzubehalten. Dieses Verfahren erscheint sowohl im Interesse des Kredits, als im Wirthschaftsinteresse um so dringender geboten, seitdem das Obertribunal sich im Dissens mit den Untergerichten und mit mehrjähriger Praxis dafür ausgesprochen hat, daß die gerichtliche Zusammenschreibung in der Separation befangener Grundstücke oder Parzellen von verschiedenen Hypothekennummern unzulässig sei. Man denke sich also einen Besitz, der im Laufe von zwanzig Jahren weder auf ein Folium zu vereinigen, noch aus öffentlichen Kassen zu beleihen ist.

Auch aus Rücksicht auf den Kostenpunkt ist die möglichst schnelle Erledigung der noch schwebenden Separationen wünschenswerth; denn je länger die Arbeit dauert, desto kostspieliger muß sie durch die im Laufe der Jahre nöthig werdende Wiederholung der Abgrenzungen, Vermehrung der Streitigkeiten u. s. w. naturgemäß werden. Kaum hat eine Abgabe dem Landmanne mehr Seufzer ausgepreßt, als die nie endende für die Separationen. Hoffen wir das Beste von der nächsten Zeit.

Soweit über die Kreditfrage, deren Lösung jetzt dringend an unsere Provinz herantritt, wo sich annehmen läßt, das Kapital werde wieder mobil werden. Es läßt sich dies in der That annehmen und davon ein günstiger Einfluß auf unsere Provinz um so mehr hoffen, als alle Kapitalien nicht sogleich wieder in der Industrie ihre Verwendung finden, also theilweise dem Grundbesitz zufließen werden. Wenn wir rücksichtlich der Kreditmittel den Westen von Preußen resp. Deutschland als unser Hinterland ansehen, so läßt sich bei der nunmehrigen bedeutenden Vergrößerung desselben unserer Provinz ein nicht ungünstiges Horoskop stellen.

Bisher hielten deutsche, außerpreußische Institute, die sich in guten Zeiten wohl entschlossen, der Provinz ihren Kredit zu gewähren, beim Ausbruch irgend einer Krisis sogleich damit zurück und verschlimmerten damit die Lage der Kreditbedürftigen. Einzelne Geldinstitute machen in der Kreditbewilligung sogar zu jeder Zeit bestimmte Restriktionen rücksichtlich der Oertlichkeit, bewilligen z. B. einem Gutsbesitzer im Netzdistrikt einen Kredit, den sie dem gleichsituirten Besitzer in einem polnischen Kreise versagen. Die Gründe solches Verfahrens mögen in der Sonderstellung gesucht werden, welche das Großherzogthum politisch bis jetzt einnahm. Die vielfachen Verhandlungen im Jahre 1848 über eine nationale Reorganisation der Provinz, die von mancher Seite als ein Aufgeben derselben aufgefaßt und dargestellt wurden, mögen viel zu diesen Schwankungen der Geldinstitute beigetragen haben. Jetzt, wo das Großherzogthum in politischer Beziehung den anderen Provinzen des Staates vollkommen gleichgestellt und ein Theil des norddeutschen Bundes geworden ist, hat jenes mißtrauische Verhalten keinen Boden mehr, und wir hoffen mit der größten Zuversicht, daß wir von einer Wendung zum Bessern sehr bald die thatsächlichen Beweise sehen werden.

Wird dann nicht auch mit der Vergrößerung unseres Hinterlandes ein entsprechend mannigfacherer Verkehr von hier aus mit demselben nothwendig eintreten? Mancher hannoversche, churhessische, thüringische Landmann wird sich versucht fühlen, hier seine Heimath aufzuschlagen, es kann sich sehr wohl für unsere Westländer hier ein kleines Amerika aufthun. Insbesondere wird es eine der ersten Aufgaben der Regierung und auch der Presse sein, der Auswanderung aus den annektirten oder mit uns verbündeten Staaten nach Amerika Einhalt zu thun. Gebesserte öffentliche Zustände, namentlich in Churhessen und Mecklenburg, werden am meisten dazu beitragen, aber Mancher, dem das preußische Regiment näher getreten, könnte, will er einmal den Stab weiter setzen, anstatt übers Meer, seinen Weg nach unserer Provinz nehmen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 23. August. Das heutige Resultat der Adreßdebatte, die Vereinigung einer so großen Majorität auf den Stavenhagen'schen Entwurf ist das Resultat unausgesetzter Bemühungen des Präsidenten v. Forckenbeck. Derselbe war bei dem Zustandekommen des nunmehr angenommenen Entwurfes selbst thätig, Stavenhagen, Lünnich und Kosch standen ihm dabei zur Seite, sodann ging er seit vorgestern von Fraktion zu Fraktion, um die widerstrebenden Elemente zu gewinnen und der würdige Kosch theilte diese Arbeit in den Kreisen der liberalen Abgeordneten. Forckenbeck vereinigte sodann eine Versammlung von Delegirten aller Fraktionen und so gelang die Einigung, welche im Lande gewiß einen günstigen Eindruck machen wird. Jacoby's Rede war vielfach nicht richtig verstanden worden und gab deshalb zu mannigfachen Mißdeutungen Anlaß. Uebrigens verlangte man mehrfach gegen den Schluß der Rede einen Ordnungsruf, doch konnten bei der gleichzeitigen Unruhe im Saale die Zurufe nur von den Nächststehenden vernommen werden. Daß der Präsident darauf nicht einging, fand allgemeine Billigung, denn abgesehen von ihrem Inhalt, bewegte sich die Rede Jacoby's doch streng in den parlamentarischen Grenzen und blieb so die reine Aeußerung einer subjektiven Ansicht. — In Abgeordnetenkreisen wurde die gestrige Sitzung der sogenannten Annexions-Kommission sehr lebhaft wegen der entgegenkommenden Haltung und der Eröffnungen des Ministerpräsidenten besprochen, welche Ihnen durch die Kammerkorrespondenzen zugehen werden; es fiel jedoch auf, daß der Minister über die Gründe, weshalb mit dem Großherzogthum Hessen nicht ein vortheilhafterer Frieden geschlossen worden, sowie über Frankfurt und die Kontributions-Angelegenheit gänzliches Stillschweigen beobachtete. — Bei dem Abgeordnetenhause sind auch heute Petitionen aus Hannover gegen die Einverleibung dieses Landes in Preußen eingegangen. Ein Herr v. d. Decken aus Hannover wünscht, daß die Regierung sich der Verluste Preußens durch den Tilsiter Frieden erinnern und darnach mit Hannover verfahren möchte und dergleichen mehr. — Aus Karlsruhe ist eine Petition eingegangen, welche das Haus dafür zu interessiren wünscht, daß der engste Anschluß Badens an Preußen bewirkt oder doch dafür gesorgt werde, daß Badens Anschluß an den norddeutschen Bund erfolge.

= Berlin, 23. August. [Zur Huldigung; die Provinzial-Korrespondenz; Bildung einer liberal-konservativen Partei.] Die Nachricht, daß der König zur Huldigung sich nach den mit Preußen vereinigten Ländern begeben werde und namentlich, daß dies im September geschehen solle, ist eine unter allen Umständen verfrühte; bevor dieser Akt überhaupt geschehen kann, ist noch Vieles in jenen Ländern zu ordnen.

Das angekündigte Erscheinen der „Prov. Korr." auch in polnischer Sprache findet, wie wir hören, nicht statt und ist amtlich davon nichts bekannt.

Man hofft, daß nach erfolgtem Austritt vieler Mitglieder aus der Fortschrittspartei sich eine liberal-konservative Partei bilden werde. Es würde dies dem Wunsche der Regierung entsprechen und dadurch eine Basis gewonnen werden, auf der die Regierung mit der Volksvertretung die neuen Aufgaben zum Abschluß zu bringen, vermöge. Es versteht sich von selbst, daß dabei auch die konservative Partei alle extreme Parteipolitik bei Seite lassen müßte.

— Se. K. H. der Kronprinz ist heute früh vom Schlosse Erdmannsdorf nach Berlin zurückgekehrt.

— Die heutige Stadtverordnetenversammlung erhielt eine Magistrats-Vorlage, bezüglich der festlichen Einholung der Truppen, deren wesentlicher Theil lautet:

Nachdem für den ruhmvoll geführten Krieg und die Erreichung eines Friedens, welcher dem Vaterlande eine neue glänzende Bahn der nationalen Entwicklung sichert, wir in Gemeinschaft mit den Stadtverordneten Sr. Majestät dem Könige den ersten Dank ausgesprochen haben, wird die Stadtverordnetenversammlung — deß sind wir gewiß — sich gedrungen fühlen, auch dem Heere, welches neue Blätter dem unverwelklichen Lorbeerkranze hinzufügte, den preußischer Heldenmuth in der Väter Zeit erwarb, diejenige Anerkennung auszudrücken, welche ihm das Vaterland und insbesondere diejenige Stadt schuldet, für welche sich durch die Erfolge des Krieges noch in ganz besonderem Maße die Aussicht auf einen neuen großartigen Aufschwung ihrer geistigen und materiellen Kraft eröffnet.

Dieser Pflicht zu genügen, bietet der bevorstehende Einzug der aus dem Felde heimkehrenden Truppen die passendste äußere Gelegenheit.

Die verschiedenen Gesichtspunkte, von denen das bei dieser Veranlassung von Seiten der Stadt einzuschlagende Verfahren aufzufassen sein möchte, sind von uns einer eingehenden Erörterung unterworfen, auf Grund deren wir uns dahin geeinigt haben, der Stadtverordneten-Versammlung folgende Beschlußnahme zu empfehlen:

In der Absicht, dem preußischen Heere für die ruhmreich von ihm vollbrachten Kriegsthaten, durch welche dem Vaterlande eine neue glänzende Zukunft eröffnet worden ist, die dankbare Anerkennung der Haupt- und Residenzstadt zu beweisen, haben auf den Vorschlag des Magistrats die Stadtverordneten von Berlin beschlossen:

I. a. Das Andenken an den im Jahre 1866 gegen Oestreich und seine Verbündeten für die Vertheidigung des preußischen Vaterlandes und die Begründung der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands geführten Krieg soll — abgesehen von der Darstellung, welche die entscheidenden Thaten desselben in dem Cyklus derjenigen Kunstwerke finden werden, welche das Rathhaus zu schmücken bestimmt sind — durch ein auf Kosten der Stadt auf einem ihrer öffentlichen Plätze zu errichtendes monumentales Kunstwerk verherrlicht werden.

Das der Ausführung dieses Denkmals zu Grunde zu legende Programm soll von einer von den Kommunalbehörden einzusetzenden Kommission mit einem hervorragenden Künstler — dessen Auswahl der Kommission überlassen wird — festgestellt, und der Genehmigung der Kommunalbehörden unterbreitet werden.

Der Grundstein zu diesem Denkmal soll am 3. Juli 1867, dem Jahrestage der Schlacht von Königsgrätz, gelegt und zu dieser Feierlichkeit Vertreter der größeren deutschen Städte geladen werden.

b) Eingedenk des ideellen Zusammenhanges derjenigen preußischen Thaten, deren Zeuge die Gegenwart gewesen ist, mit den Siegen der Väter,

mit der Bürgerschaft durchdrungen von dem Bewußtsein der Bedeutung, welche die Erfolge des letzten Krieges, insbesondere auch für die Entwickelung dieser Stadt haben werden, in der Absicht dieser Bedeutung auch in der äußern Erscheinung der Stadt Ausdruck zu geben und um bei dieser Gelegenheit zugleich eine Pflicht der Pietät gegen die Helden der Freiheitskriege von 1813—15 und gegen den großen Künstler abzutragen, dessen schöpferischer Wirksamkeit die Stadt Berlin bereits den Schmuck der edelsten Bauwerke verdankt, haben wir zugleich beschlossen:

für die endliche Ausführung des von Schinkel zum Andenken an die Freiheitskriege entworfenen öffentlichen Brunnens — in der Voraussetzung, daß der Rest der erforderlichen Kosten durch freiwillige Zeichnungen aufgebracht wird — aus der Stadt-Hauptkasse die Summe von Fünfzig Tausend Thalern zu bewilligen.

II. Es wird denjenigen Truppentheilen, welche, aus dem Kriege heimkehrend, in Berlin einziehen, ein festlicher Empfang bereitet, insbesondere wird ihnen Seitens der Stadt ein Festmahl angeboten, zu welchem persönlich eingeladen werden die an dem Einzuge theilnehmenden Generale und Stabsoffiziere und an welchem durch Deputationen, in welchen alle Grade vertreten sind, theilzunehmen die einzelnen Truppentheile ersucht werden. Einer besonderen Deputation beider Kommunalbehörden wird die Ausführung dieses Beschlusses ad II. übertragen.

Sie wird insbesondere beauftragt:

a) unter Herbeiziehung künstlerischer Kräfte die Ausschmückung der via triumphalis und des Ortes, in welchem dieses Festmahl stattfindet, herbeizuführen;

b) die Theilnahme der Gewerke und der männlichen Schuljugend an der Einzugsfeierlichkeit zu ordnen;

c) die abendliche Erleuchtung der städtischen Gebäude und der öffentlichen Denkmale zu bewirken.

Die zu einer der Bedeutung des Tages würdigen Ausführung dieser Aufgaben erforderlichen Kosten werden dem Magistrate zur Disposition gestellt.

III. Die Stadt Berlin übernimmt die Verpflichtung für die invalide aus dem Kriege heimkehrenden Männer und für die Hinterbliebenen derjenigen hier ortsangehörig gewesenen Männer, welche auf dem Schlachtfelde gefallen oder in Folge der im Kriege erlittenen Verwundung oder Erkrankung verstorben sind, in derselben Weise zu sorgen, wie dies von ihr hinsichts der Veteranen der Freiheitskriege und der Invaliden resp. der Hinterbliebenen von Kombattanten des dänischen Krieges geschieht. Die Ausführung dieses Beschlusses (ad III.) wird der Invaliden- und Veteranen-Unterstützungs-Kommission des Magistrats übertragen.

— Wie die „Berl. Ref." mittheilt, ist gegen den Abgeordneten Dr. Jacoby eine neue Anklage wegen Ministerbeleidigung erhoben worden, welche in den durch ihn veranlaßten bekannten Königsberger Resolutionen über den Krieg und die deutsche Frage enthalten sein soll. Dr. Jacoby ist zur Verhandlung der Sache auf den 15. September nach Königsberg beschieden worden.

* — In sämmtlichen Lazarethen, den stehenden Kriegs-, den Johanniter-, den Vereins- und den Privat-Lazarethen waren bis zum 11. d. M. 61,156 Lagerstellen zur Verfügung, welche mit 15,113 Erkrankten besetzt waren. Unter diesen befanden sich 14,356 Preußen, 98 Verbündete und der Rest bestand aus der feindlichen Armee. Verwundete waren im Ganzen 19,466 in Pflege, davon 7074 Preußen, 32 Verbündete und 12,316 den feindlichen Armeen Angehörige. Es waren somit 26,583 Lagerstellen unbenutzt.

— Der „Rh. Z." wird von hier telegraphirt: Preußen hat den bisherigen Zollverbündeten erklärt, obgleich der Krieg die Zollvereinsverträge zerrissen habe, gestatte es, die Gegenseitigkeit vorausgesetzt, doch eine faktische Fortdauer des Vertrags mit sechsmonatlicher Kündigung.

— In Valentia ist gestern ein Telegramm aus Neufoundland mit der Meldung eingegangen, daß die Telegraphenleitung auf dem amerikanischen Festlande zwischen Bay du Nord und Grandy's Brook, 300 Meilen von Hearts Content, unterbrochen ist.

Die neueste „Revue Contemporaire" sagt in einem Artikel von Alphons de Calonne, Frankreich habe keine Ursache, in dem verstärkten Preußen einen Gegner zu sehen und brauche deshalb nicht durch Kompensationen u. s. w. Garantien für sich zu suchen.

— Wie die „Ostsee-Ztg." hört, ist die Aufhebung des Salzmonopols bereits zum 1. April 1867 in Aussicht genommen. Der Eingangszoll (resp. die Verbrauchssteuer) soll 2 Thlr. pro Ctr. betragen. Für die anderweite Verwendung der durch die Aufhebung des Monopols disponibel werdenden Beamten wird schon von jetzt ab Vorsorge getroffen.

— Die Schwankung in der Politik der Regierung von Sachsen-

Meiningen ist vorüber; Staatsminister v. Uttenhoven ist entlassen und der Oberst und Regiments-Kommandeur v. Buch zu seinem Nachfolger ernannt. Die im Regierungsblatte erlassene Bekanntmachung erwähnt nicht, daß Herr von Uttenhoven um seine Entlassung nachgesucht oder daß dieselbe unter Bezeugung höchster Anerkennung erfolgt sei. Daß Herr von Buch, der als Staatsmann bis jetzt wenig bekannt geworden, das Staatsministerium übernommen, beweist, daß Meiningens Eintritt in den norddeutschen Bund erfolgt ist, da der neue Minister in Berlin die Verhandlungen für den Herzog leitete, obwohl auch der Erbprinz persönlich in dieser Richtung thätig war.

Oestreich. Wien, 23. Aug. Die „Neue freie Presse" meldet: Der Finanzminister hat den ursprünglichen Plan, für 150 Millionen Gulden neue Staatsnoten auszugeben, dahin geändert, daß die auszugebende Summe nur 90 Millionen betragen soll.

Triest, 22. August. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Nachrichten aus Kalkutta vom 22. Juli melden, daß der Emir Assul Khan in Kabul mit dem dort angekommenen russischen Gesandten ein Uebereinkommen abgeschlossen haben soll. Der dortige englische Agent soll fortgeschickt worden und bereits in Pedschawar angekommen sein. Die Truppen des Maharadschah von Kaschmir sind von den Grenzstämmen geschlagen worden.

Aus Honkong wird vom 12. Juli berichtet, daß die Mandschurei und die Mongolengrenze von zahlreichen Räuberbanden heimgesucht worden sind. In der Gegend von Nanking nehmen die Nienfei-Rebellen überhand.

Durch Vertrag vom 25. Juni zwischen den Bevollmächtigten Japans, Englands, Frankreichs, Nordamerikas und Hollands ist die Errichtung von Entrepots in Japan zugestanden und den Einheimischen volle Handelsfreiheit mit den Ausländern gewährt worden.

Baiern. × Erlangen, 21. Aug. [Unsere Fortschrittspartei.] Die hier erscheinende Wochenschrift der Fortschrittespartei in Bayern bringt in ihrer letzten Nr. (33) folgende bemerkenswerthe Sätze:

Die Stellung der Fortschrittspartei zu der Frage, die gegenwärtig Deutschland beschäftigt, kann nicht zweifelhaft sein. Unser Programm fordert die Schaffung eines deutschen Bundesstaates und eines deutschen Parlaments ꝛc. — Oestreich zieht sich aus dem Bunde zurück und Preußen ist thatsächlich die maßgebende Macht in Deutschland. Daß eine Partei, die auf politische Wirksamkeit Anspruch macht, von den bestehenden Thatsachen ausgehen muß, erkennen auch diejenigen unter uns, die dieser Lösung wiederstrebt haben.

In Folge dessen wird unser Programm nunmehr lauten müssen: Einigung des gesammten außeröstreichischen Deutschlands im Bundesstaat und im Parlament, Leitung der militairischen Angelegenheiten und des Verkehrs mit dem Auslande durch die an Preußen zu übertragende Centralgewalt.

Auf den unverzüglichen und unbedingten Anschluß aller süddeutschen Streitkräfte an die preußische Kriegsmacht müßte gedrungen werden, wenn sich Frankreich unterfangen sollte, mit bewaffneter Hand die Abtretung deutscher Gebietstheile zu fordern.

Nachdem die Wochenschrift noch ausgeführt, daß Preußen in diesem Augenblicke wirklich als die Macht dasteht, welcher es gegeben ist, Deutschland zu einigen — und daß es dazu eben nur kommen kann, durch das Einverständniß mit der öffentlichen Meinung und durch keine Nachgiebigkeit an Frankreich sagt das Blatt wörtlich: Aufrichtig versöhnt wird die gesunde öffentliche Meinung Deutschlands, und zu Boden geschlagen wird der unheilbare Partikurarismus, der nicht versöhnt werden kann und soll durch zwei Maßregeln: durch die energische Abweisung der Ansprüche Frankreichs und durch ein ehrliches Eingehen auf die parlamentarische Verfassung, die man jetzt — vorerst für den Norden — zu schaffen im Begriff ist. Von dem Stolz des Grafen Bismarck dürfen wir das erste, von seinem Ehrgeiz, wenn auch nicht von seiner liberalen Gesinnung, vielleicht das zweite erwarten, denn nur auf diesem Wege wird es ihm nach menschlicher Berechnung gelingen, unter der Führung Preußens das ganze nichtöstreichische Deutschland zusammenzufassen und mit Geringerem kann ein großer Ehrgeiz sich nicht begnügen.

Ganz ähnlich sprechen sich die „Allgemeine Zeitung", das „Augsburger Anzeigeblatt", das „Augsburger Tageblatt" und sogar die katholischen Münchener historisch politischen Blätter sagen: wenn keine andere Wahl mehr bleibt, dann unbedingt lieber preußisch-kaiserlich, als abermals französisch-deutsch und Rheinbundsgenossen.

Auch die klerikale „Passauer Donau-Zeitung" sagt: „Schmach und Schande über jeden Deutschen, der, um vielleicht im Trüben zu fischen, nach Frankreich hinüberschielte." Während der „Münchener Volksbote" noch nichts herausbringen kann, spricht der „Neue bayerische Kurier" für den Rheinbund. Aber die Stimmen werden allgemein gegen ihn und der „Fränkische Kurier" sagt ihm: „Sollte eine bayerische Regierung es wagen, mit oder ohne Zustimmung Altbayerns die hier empfohlene Politik zu befolgen, so möchte es wohl geschehen, daß statt der gehofften „Vergrößerung" der bayerische Staat sich wieder auf die Grenzen des Volksstammes zurückgeführt sähe, dem er seinen Namen entlehnt habe.

Vom Main, 21. August. Dem „Frankf. Journ." wird geschrieben: „Bei dem bevorstehenden Friedensabschlusse mit Baiern ist die Provinz Hanau oder vielmehr das Kinzigthal insofern interessirt, als die Orte Neudorf, Aufenau, Wirtheim und Höchst herüber zu Kurhessen genommen werden dürften, indem sonst die Regulirungen des Kinzigflusses aufs Neue für ein halbes Jahrhundert fraglich werden würden." (In der That sind die genannten Ortschaften nebst dem ganzen Zipfel um Orb von Baiern an Preußen abgetreten.)

Nassau. Wiesbaden, 20. August. Seit heute Morgen weht auf dem Ministerialpalaste die schwarzweiße Fahne. Die königliche Botschaft bezüglich der Annexion unseres Herzogthums wird im Lande durchschnittlich mit Freuden begrüßt. (Fr. J.)

Sächsische Herzogthümer. Meiningen, 20. August. Es ist denn endlich auch für die Politik der meiningischen Regierung die entscheidende Wendung ergangen. Mit dem heutigen Tage ist der Staatsminister v. Uttenhoven entlassen und des Herzogs Flügeladjutant v. Buch, Oberst und Kommandeur des hiesigen Regiments ist zum dirigirenden Staatsminister, Minister des Aeußeren und des herzoglichen Hauses ernannt. Herr v. Buch hat die jüngsten Verhandlungen des Herzogs in Verbindung mit dem Erbprinzen in Berlin geleitet und ist mit dessen Ernennung die Stellung Meiningens zum norddeutschen Bund wohl nicht mehr fraglich, da die Integrität des Herzogthums noch in zwölfter Stunde gerettet wurde. Die amtliche Bekanntmachung über v. Uttenhovens Entlassung lautet nichts weniger als gnädig, auch ersieht man nicht, daß dieselbe auf Ansuchen erfolgt ist. Uebrigens ist es bekannt, daß der Herzog in seiner Politik sich immer eine gewisse Selbstständigkeit gewahrt und dieser öfters seine Minister gewichen sind.

Frankreich.

Paris, 21 August. Die „Gazette de France" hat gefunden, daß von den 283 Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers bereits 250 den Orden der Ehrenlegion haben. Es befinden sich in dieser Zahl: 1 Großkreuz (Graf Walewski), 9 Großofficiere, 27 Kommandeurs, 99 Officiere und 144 Ritter. 31 sind nicht dekorirt, und darunter befinden sich: Berryer, Bethmont, Brame, Carnot, Dorian, J. Favre, Garnier-Pagés, Guéroult, Havin, Hénon, Magnin, Marie, Ollivier, Pikard ꝛc. Auch die beiden jungen Deputirten Ed. Fould und Eugen Pereire sind, wie die Gazette de France meint, wahrscheinlich ihres zarten Alters wegen noch nicht decorirt. Von den 9 Deputirten der Seine sind nur drei, Thiers, J. Simon und Darimon, Mitglieder der Ehrenlegion. Die beiden ersteren sind es von früher her; Darimon ist mithin der einzige, der dem zweiten Kaiserreich diese Auszeichnung zu verdanken hat.

Italien.

Rom, 16. August. Je näher die durch den Septembervertrag festgesetzte Frist heranrückt, desto gespannter wird hier die Erwartung auf die Weise, in welcher man die römische Existenzfrage lösen wird. Noch verlautet nichts über eine nachgiebige Stimmung im Vatikan. Monsignor La Place, französischer Auditor der Rota, war in geheimer Mission nach Paris geschickt worden. Er hat, wie man wissen will, dieselben Vorschläge zur Verständigung mit Italien an den Papst zurückgebracht, welche der Graf Sartiges in einer Note seiner Regierung dem Staatssekretär ausgesprochen hat. Die solenne Uebertragung des Patriciats von Rom an den Kaiser Napoleon, wovon Ihnen berichtet worden ist, scheitert an der bestimmten Erklärung, daß die damit verbundenen Pflichten für die Schutzmacht Frankreich weder die Artikel des Septembervertrags, noch die rein italienische Stellung verändern dürfen, in welche das Princip des Dominium Temporale verwiesen worden ist. Man hat nun der römischen Regierung den verzweifelten Gedanken zugeschrieben, sich in den Schutz Preußens zu stellen und die Protektion der großen protestantischen Macht Italien gegenüber anzurufen. Man hat von der nicht geringen Verlegenheit gesprochen, welche dieser Plan auf dieser Seite hervorgerufen hat; jedoch man versichert auf das Entschiedenste, daß eine so fremdartige Idee dem Vatikan durchaus fremd geblieben sei. Wie dem auch sei, so bezeichnet das Entstehen dieser Ansicht den äußersten Grad von Rathlosigkeit in Rom.

Rußland und Polen.

□ Aus Polen, 19. August. Die Realisirung des Projekts der Kutno-Slupcer Bahn wird immermehr eine Nothwendigkeit, da die Wasserstraße auf der Warthe mehr und mehr sich verschlechtert und die Verbindung einer unserer getreidereichsten Gegenden mit Preußen erschwert wird. Während von Konin bis Sławsk bei mittelmäßigem Wasserstande die Fahrzeuge wenigstens mit Dreiviertelladung noch passiren konnten, ist jetzt durch Versandungen in der Höhe von Konin der Fluß fast unpraktikabel geworden. Die Wasserstraße zu reinigen und von Konin aus bis unterhalb Sławsk, wo die Steine aufhören, so in Stand zu setzen, daß die Kähne bei mittelmäßigem Wasserstande wenigstens mit halber Ladung fahren können, würde enorme Summen kosten, und wird sich die Regierung zu deren Hergabe nicht verstehen. Wenn, wie fast zu fürchten ist, die Ausführung der Kutno Slupcer Bahn noch nicht erfolgt, so wird das Projekt, Sławsk zu einem Hafenorte zu machen, jedenfalls wieder aufgenommen und wahrscheinlich auch von der Behörde unterstützt werden. Von Sławsk aus ist die Wasserstraße selbst bei niedrigem Wasserstande mit halber Ladung stets passirbar. Würde, wie es vor einigen Jahren und ehe das Kutno-Slupcer Bahnprojekt auftauchte, im Werke war, Sławsk zu einem Ueberwinterungsorte für die Warthafahrzeuge eingerichtet, so wären diese ebenso gut, wie in Konin, aufgehoben und hätten zum Frühjahr sofort freie und gefahrlose Passage auf der von Sławsk abwärts steinefreien Wartha. Der Platz ist zum Getreidestapelplatz wegen seiner Lage für den größten Theil des Koniner und auch für einen Theil des Kalischer Kreises noch mehr geeignet, als selbst Konin, und würden auch die Stromversicherungen für Sławsk als Hafenort um so mehr stimmen, als unterhalb desselben noch ein Schiffbruch vorgekommen, oberhalb und auf der Strecke bis Konin aber jedes Jahr mehre Fahrzeuge verunglückten.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

(8. Sitzung vom 23. August.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertisch Freiherr v. d. Heydt, Graf zur Lippe, Graf zu Eulenburg, v. Mühler, v. Selchow, später auch der Ministerpräsident.

Der Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Neu eingetreten ist der Abg. v. Thokarski. — Ein Herr Windorf aus Schandau in der sächsischen Schweiz beschwert sich im Namen von 700 Bürgern, daß sich das sächsische Militär noch unnütz bei Wien aufhalte. Er bittet das Haus um Abstellung. (Heiterkeit.) — Herr Anwalt Busch und Genossen zu Carlsruhe überreichen mehrere Exemplare einer Adresse an den Großherzog und von einer am 17. hujus beschlossenen Erklärung über den Anschluß Badens an den norddeutschen Bund. Ferner sind vom Gutsbesitzer v. d. Decken und vom Rechtsgelehrten Ulrichs aus Hannover zwei Proteste gegen die Einverleibung Hannovers in Preußen eingegangen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, deren einziger Gegenstand die Anträge auf Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König und die mit derselben verbundenen Entwürfe der Abgg. v. Blanckenburg, v. Vincke, Gneist, Waldeck und Reichensperger sind. Es liegt außerdem vor der Entwurf der Adreßkommission, ein Zusatz zu Alinea II. dieses Entwurfs, den Abg. Lubienski im Namen der polnischen Fraktion eingebracht hat und der heute eine sehr zahlreiche Unterstützung in den Reihen der Linken findet, und endlich ein neuer, bisher unbekannter Adreßentwurf, der vom Abg. Stavenhagen eingebracht, von Mitgliedern aller Fraktionen unterzeichnet worden ist, und heute fast vom ganzen Hause unterstützt wird. Dieser letzte Entwurf ist das Werk der thätigen Vermittelung des Präsidenten des Hauses, dem es gelungen ist, alle Fraktionen für denselben und für eine möglichst kurze Diskussion im Hause zu gewinnen. Er lautet, wie folgt:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

I. Eure Königliche Majestät haben in einem großen Augenblicke von weltgeschichtlicher Bedeutung uns um Ihren erhabenen Thron versammelt. Unser Volk preist in Demuth die Gnade Gottes, welche Euer Majestät theures Leben beschirmte und so Großes zu vollbringen zuließ.

Die großen Thaten, welche unser tapferes Heer in wenigen Wochen von Land zu Land, von Sieg zu Sieg, dort bis über den Main, hier an die Thore der Hauptstadt Oestreichs führten, haben unser Herz mit freudigem Selbstgefühl und mit lebhaftem Dank erfüllt. Wir sprechen den Dank des Volkes aus an die Tausende, welche das Grab bedeckt, an die sämmtlichen überlebenden Streiter des stehenden Heeres und der in großer Zeit geschaffenen Landwehr, an die einsichtigen Führer, vor Allen an Euere Majestät Selbst, die Sie in der entscheidenden Schlacht die Leitung übernehmend, Noth und Gefahr mit den Kämpfern getheilt und dem Kriege durch rasche Führung ein Ziel gesetzt haben.

II. Von hoher Bedeutung sind schon jetzt die errungenen Erfolge: die Auflösung der Bundesverfassung, die Auseinandersetzung mit Oestreich, die Erweiterung der Grenzen und des Machtgebietes unseres Staates, und die dadurch gegebene Aussicht, daß in nicht ferner Zeit ein politisch geeintes Deutschland unter Führung des größten Deutschen Staates sich entwickeln könne.

III. Diese Früchte, davon sind wir mit Euerer Majestät überzeugt, werden nur in einträchtigem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung zur Reife gedeihen.

Ohne die Sicherung und Ausbildung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes werden wir nicht zählen dürfen auf die Huldigung der Geister und Herzen in Deutschland, welche allein der Macht Haltbarkeit und Dauer verleiht.

IV. Gegenüber der Thatsache, daß seit einer Reihe von Jahren die Staatsausgaben ohne einen zur gesetzlichen Feststellung gelangten Staatshaushaltsetat und theilweise im Widerspruch mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses geleistet worden sind, gereicht es dem Letzteren zur großen Genugthuung, daß Euere Majestät feierlich auszusprechen geruht haben, daß die in jener Zeit geleisteten Geldausgaben der gesetzlichen Grundlage entbehren, weil dieselbe nur durch das nach Art. 99. der Verfassungsurkunde alljährlich zu Stande zu bringende Etatsgesetz erlangt werden kann. Im Hinblick auf dies Königliche Wort, welches die Nothwendigkeit eines nur unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses ins Leben tretenden jährlichen Staatshaushalts-Gesetzes, sowie demgemäß die Nothwendigkeit einer für die Vergangenheit zu erwirkenden Indemnitätserklärung der beiden Häuser des Landtages anerkennt, ist das Vertrauen der Landesvertretung gerechtfertigt, daß künftighin durch die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes vor Beginn des Etatsjahres jeder Konflikt verhütet werde.

V. Die den Berathungen des Landtages unterbreiteten Vorlagen über die Indemnitätsertheilung und die Finanzen werden wir mit pflichtmäßiger Sorgfalt in Erwägung nehmen.

VI. Mit derselben Sorgfalt werden wir die freudig und dankbar begrüßten Vorlagen über die Einverleibung der mit Preußen zu vereinigenden deutschen Lande und über die Einberufung einer Volksvertretung der norddeutschen Bundesstaaten prüfen, vertrauen jedoch, daß, wenn Rechte des preußischen Volkes und Landes zu Gunsten eines künftigen Parlaments aufgegeben werden sollen, diesem Parlamente auch die volle Ausübung dieser Rechte gesichert sein wird.

VII. Durchdrungen von der großen Wichtigkeit der gegenwärtigen Epoche für das ganze deutsche Vaterland bieten wir aus vollem Herzen unsere Mitwirkung zur einheitlichen und freiheitlichen Entwickelung desselben, welche die Vorsehung in Euerer Majestät Hände gelegt hat. Wir können uns der Erkenntniß nicht verschließen, daß derselben noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, und daß mit der Konstituirung des norddeutschen Bundes nicht bis zur Beseitigung derselben gewartet werden kann. Aber fest überzeugt von der Nothwendigkeit des nationalen Bandes zwischen dem Norden und Süden des deutschen Vaterlandes, hoffen wir zuversichtlich, daß dasselbe in nicht allzuferner Zukunft geschaffen werden wird, namentlich dann, wenn die deutschen Stämme im Süden, die schon jetzt in weiten Kreisen daselbst empfundene Gefahr einer Zerreißung Deutschlands erkennen und dem Bedürfnisse nach einer nationalen festen Vereinigung mit dem Norden einen aufrichtigen und unzweideutigen Ausdruck geben.

Königliche Majestät!

VIII. In allen großen Tagen unserer preußischen Geschichte fanden zu dem Geiste und der Kraft seiner Fürsten sich die des Volkes in Aufopferung und Hingebung gesellt. So soll es auch ferner unter uns bleiben, und wer möchte dann wider uns sein?

In tiefster Ehrfurcht verharren wir
Eurer Majestät
treu gehorsamste
das Haus der Abgeordneten."

Unterstützt wird dieser Adreßentwurf von den Abgg. G. v. Vincke (Hagen). Grabow. v. Kleinsorgen. Dr. Kosch. Graf Bethusy-Huc. Karl Prinz zu Hohenlohe. v. Denzin. Holzapfel. Waldeck. Dr. Lüning. André.

In Betreff der geschäftlichen Behandlung erklärt der Präsident, daß er nur eine Generaldiskussion über die Frage, ob eine Adresse erlassen werden solle und über die Adresse selbst eröffnen, dann eventuell noch den Antragstellern das Wort ertheilen werde. In der Specialdiskussion werde er die einzelnen Sätze der Adresse und an den betreffenden Stellen die Amendements zur Debatte stellen, dann einzeln über die Sätze und zuletzt nur ein Mal über die ganze Adresse abstimmen lassen. Es erfolgt kein Widerspruch.

Referent Abg. Dr. Virchow: Meine Herren! Ueber die Frage, ob in diesem Augenblick eine Adresse zu erlassen sei, ist Ihre Kommission keinen Augenblick in Zweifel gewesen. Man hat die Motive der verschiedenen Antragsteller, die Thronrede und die politische Situation, als vollkommen ausreichend gefunden. Man hat anerkannt, daß die Thronrede sowohl im Ton als in ihren Ankündigungen so unmittelbar an das Haus sich wendet, daß das Haus darauf auch unmittelbar antworten muß. Die Schwierigkeiten, welche die Kommission zu bewältigen hatte, bezogen sich auf die Auswahl zwischen fünf verschiedenen Entwürfen von verschiedenen Seiten des Hauses, oder auf die richtige Vermittelung derselben. In so bedeutungsvollen Epochen, wie die jetzige, wird in der That gerade am meisten der Einzelne dahin drängen, von dem, was er für recht hält, nichts Wesentliches zu opfern; die Ansprüche auf Opfer, welche andrerseits an Jeden gestellt worden, werden immer längere Zeit hindurch Uebelstände erzeugen, welche dem gemeinsamen Ausdrucke entgegenstehen und eine gemeinsame Fassung erschweren. Die Kommission hat sich ernstlich beschäftigt, einen solchen gemeinsamen Ausdruck zu finden; sie hat auch dasjenige Mittel nicht unversucht gelassen, welches in dem ältesten Lande konstitutioneller Verfassung, in England, gewöhnlich angewendet wurde, den Schwierigkeiten zu begegnen, welche die Fassung der Adresse mit sich bringt, sie hat auch einen Entwurf vorgebracht, der gelegentlich als „farblose" oder „parteilose" Adresse bezeichnet worden ist; sie hat aber gefunden, daß eine Thronrede von so bedeutendem Inhalt, welche die wichtigsten Fragen des innern und äußern Staatslebens berührt, nicht mit einigen allgemeinen Phrasen beantwortet werden kann. Unter diesen Verhältnissen ist die Adreßkommission in die Einzelheiten eingetreten und ich konstatire, daß gegenüber den beunruhigenden Nachrichten, welche zum Theil durch eine aufgeregte Presse verbreitet worden sind, in der Kommission keinen Augenblick ein Zweifel darüber gewaltet hat, daß sie durch den Ausdruck ihrer Wünsche und die Fassung ihrer Forderungen den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen müsse, und daß wir sämmtlich von dem Wunsch nach einer ehrlichen Verständigung beseelt sind. Um eine solche anzubahnen, hat man sich gewissen Grundsätzen gefügt, welche ich gegenwärtig auch dem hohen Hause empfehlen möchte. In erster Linie hat die Kommission geglaubt, Ihnen keine Fassung vorlegen zu sollen, welche eine bestimmte Antwort des Hauses in Beziehung auf solche Fragen, welche anderweitig durch Gesetzvorlagen dem Hause zur Berathung unterbreitet sind, enthielte; sie hat geglaubt, es der Würde der übrigen Kommissionen und den ernsten und eingehenden Berathungen des hohen Hauses selbst schuldig zu sein, in die Diskussion der Adresse nicht die Lösung von bestimmten Fragen hineinzutragen, die, so sehr sie auch in dem Herzen der Einzelnen entschieden sein mögen, hier doch nur mit dem ernsten, klaren und kalten Verstande zu lösen sind. Andrerseits hat die Kommission geglaubt, daß es sich empfehle, gegenüber einer Thronrede, welche durch die Wärme ihres Tones bei weitem alle Thronreden überragt, welche je in Preußen gehalten worden sind, auch seitens des Hauses durch möglichste Wärme zu entsprechen. Dazu schien zu gehören, daß aus der Adresse alle Punkte entfernt würden, welche im Hause selbst zu starken Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen führen könnten, welche das Gebiet des Persönlichen berühren. Auch von Seiten der Regierung ist es anerkannt worden, daß keiner von den vorgelegten Adreß-Entwürfen an die Bitterkeit der Kämpfe erinnert, welche in verhältnißmäßig so kurzer Vergangenheit hinter uns liegen, es ist anerkannt worden, daß keiner unmittelbar die Geschichte der Vergangenheit fortzusetzen bestrebt ist. Es ist überall anerkannt worden, daß der Augenblick gekommen ist, wo es gilt, den Blick auf die Gegenwart und vorwärts in die Zukunft zu richten, und daß es nicht zu einem Resultate führen könne, wenn jetzt der Blick auf die Kämpfe und Leiden der Vergangenheit gerichtet bliebe. Es läßt sich nicht leugnen, daß hinfort viele Wünsche lebendig sind, daß nach vielen Richtungen die Anforderungen an die Regierung herantreten werden, im System und in den Personen den Anforderungen der Gegenwart und einer großen Zukunft gerecht zu werden; auch ist nicht verkannt worden, daß, indem einer der Entwürfe einen solchen Gesichtspunkt hervorhob, er auf bestimmten Grundlagen basirte; aber die Kommission hat geglaubt, Entsagung empfehlen zu müssen und Nichts berühren zu sollen, was in irgend einer Art den Wünschen dieses Adreß-Entwurfs nachkäme. Wir alle haben das Bedürfniß, offen zu sein und zu einem offenen, ehrlichen Versöhnungswerk zu gelangen. Es würde falsch sein, Schwierigkeiten dadurch überwinden zu wollen, daß wir uns einen Augenblick stellen, als existirten sie nicht. Aber sie sind auch nicht zu lö-

sen durch die Adreßdebatte oder die bestimmte Formulirung, welche Sr. Majestät dem Könige vorgelegt wird, es ist die Zeit gekommen, wo durch Entgegenkommen die Wege zu einer Verständigung gebahnt werden müssen. Das ist der Grund, meine Herren, warum die Kommission vorschlägt, nur das zu berühren, was geeignet ist, die von Sr. Majestät dem Könige selbst ausgesprochene Nothwendigkeit eines Zusammengehens und Zusammenwirkens von Regierung und Volksvertretung vorzubereiten. Die Ereignisse der letzten Zeit, m. H., sind uns Allen in frischer Erinnerung; große Ziele, welche früher in der Landesvertretung bezeichnet worden sind, sind in ihrer Verwirklichung begriffen, außerordentliche Erfolge sind für Freund und Feind unerwartet in unglaublich kurzer Zeit erreicht worden, — die Gewalt der vollendeten Thatsachen zwingt auch Widerstrebende sich zu fügen. Unter diesen Verhältnissen können wir es mit Freuden begrüßen, daß eine der schwersten Fragen unserer Vergangenheit im Augenblick aus der Debatte entfernt ist, die Frage über die Größe des Heeres. Wir Alle haben es mit Freuden begrüßt, daß endlich der Zeitpunkt gekommen ist, wo, wie Se. Maj. der König selbst andeutete, die Lasten, welche bisher das preußische Volk allein zu tragen hatte, vertheilt werden können auf einen größern Kreis, der Zeitpunkt, wo das deutsche Parlament die Aufgabe übernehmen wird, die Fragen zu lösen, zu deren Lösung wir nicht gelangt sind. Daß wir so weit sind, daß wir ein deutsches Parlament wenngleich zunächst in beschränkter Form in nächster Zukunft vor uns sehen, danken wir zunächst, wir können sagen, allein den Thaten unseres Heeres. (Bravo rechts.) Deshalb glaubte die Kommission vor Allem das an die Spitze der Adresse stellen zu müssen, diese volle und offene Anerkennung; sie hat unter den Entwürfen für diesen Passus denjenigen gewählt, welcher ihr dem Ausdruck und dem Inhalt nach der wärmste zu sein schien. Sie schlägt vor, den Dank des Landes auszusprechen an die Tausende, welche ihr Leben dahin gegeben haben in treuer und freudiger Pflichterfüllung, Söhne aller Provinzen, Angehörige aller Stände, vom General bis zum gemeinen Wehrmann; sie schlägt vor, den Dank auszusprechen an die sämmtlichen überlebenden Streiter, an die waffenfähige Jugend des Landes, welche zum Theil ganz frisch in die Armee eingetreten, sofort in den schwersten Feldschlachten alten und kriegserfahrenen Truppen entgegengetreten sind und gewetteifert haben im Ungestüm des Angriffs, in der Kaltblütigkeit im Kampfe, der Schnelligkeit und Ausdauer auf den Märschen, der Ertragung der schwersten Entbehrungen und unübertroffen in strenger Mannszucht, in Menschlichkeit und wahrer Herzlichkeit gegen die Verwundeten und Wehrlosen, ein Vorbild von Intelligenz und Sittlichkeit, wie es nie früher von einem Heere aufgestellt worden ist. (Allgemeiner Beifall.)

Die Kommission schlägt Ihnen vor, den Dank beizufügen an die Landwehr, an die reife Mannschaft des Landes, welche zum Theil die größten persönlichen Opfer zu bringen gehabt hat. Mancher, der widerwillig in den Krieg gezogen, der sein Haus und seine Familie und seine ganze Lebensstellung zum Opfer bringen mußte, zeigte doch im Augenblicke der Entscheidung den größten Opfermuth; gerade sie, die Landwehr war es, welche wünschte, recht schnell den Feind zu schlagen. Aber, Meine Herren daß dies möglich war, verdanken wir vor Allem den Führern, welche überall, vor und auf dem Schlachtfelde die Erfolge der Truppen vorbereiteten, den Führern, welche überall das leuchtende Vorbild der Truppen waren (Bravo!). Wir verdanken es vor allem Sr. Majestät dem Könige selbst, der nach der Weise seiner Vorfahren die Gefahren der Schlacht mit seinen Truppen theilte, wir verdanken es Sr. Majestät, der in stets gleicher Weise, auch in den begeistertsten Augenblicken des Krieges, das Elend des Krieges, zu mildern, bestrebt war. (Bravo!). Meine Herren, ihnen Allen sei unser Dank dargebracht ohne Rückhalt. Sagen wir es offen, daß alle Mannschaften und Führer die kühnsten Hoffnungen des Vaterlandes weit übertroffen haben (Bravo!). Aber mit ebenso ungetheilter Anerkennung können wir gegenwärtig aussprechen, daß auch die Erfolge, welche bis jetzt errungen sind, nicht zurückgeblieben sind hinter den Ansprüchen, welche man zunächst gemacht hat, ja die Aussichten, welche gewonnen sind durch die Tapferkeit der Armee, sind von so ausgedehnter Art, daß wir uns der zuversichtlichen Hoffnung hingeben können, es werden auch die größeren Aussichten gewonnen werden. Die Adreß-Kommission hat die einzelnen Gesichtspunkte, wie Auflösung der Bundesversammlung, die Auseinandersetzung mit Oestreich, die Erweiterung der Grenzen und Machtverhältnisse unseres Staates, diese einzelnen Punkte bezeichnen zu müssen geglaubt; aber, meine Herren, hüten wir uns auf der anderen Seite, die vollendeten Thatsachen nicht als vollendet anzusehen und überlassen wir es der Zukunft die Vorurtheile zu entfernen. Streben wir dahin, durch einmüthiges Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung die Früchte einzusammeln, welche gegenwärtig einzusammeln sind. Meine Herren, Hier kommen wir an den Punkt, in welchem Sr. Majestät der König der inneren Fragen gedenkt. Da hier Punkte berührt werden, welche durch anderweitige Vorlagen dem Hause zur Einsicht stehen werden, so kann ich hier sehr kurz sein. Ich glaube, daß Sie Gelegenheit haben werden, die Gesichtspunkte, welche vorliegen, bei diesen Gesetzentwürfen näher ins Auge zu fassen. Ich kann nur sagen, daß der Entwurf der Kommission hergenommen ist aus dem Vorschlage des Abg. Reichensperger, und daß es für die Kommission ein Grund mehr gewesen ist, gerade diese Fassung zu acceptiren, weil sie in einer gewissen Weise von der Regierung gebilligt wird, und ich glaube dem Vorwurfe, als wäre in irgend einer Weise ein einseitiger Standpunkt gewahrt, entgegentreten zu müssen.

Was die Punkte anbetrifft, welche sich auf die neuesten Fragen beziehen, so hat die Kommission mit Anerkennung über dasjenige sich aussprechen wollen, was die Regierung zunächst angestrebt hat. Die Kommission hat geglaubt, in dem einen Punkte die Initiative ergreifen zu müssen und unmittelbar Vorschläge zu machen: das ist die Frage in Beziehung auf die Ordnung von Süd-Deutschland, wo die Kommission der Meinung ist, daß Sie beistimmen würden, wenn wir den Wunsch ausdrücken, daß Deutschland unzerrissen aus dieser Krisis hervorgehen möge (Bravo!). Es ist bei dieser Gelegenheit die Frage der Reichsverfassung bezeichnet worden, worauf wir aber ein größeres Gewicht legen, ist der Punkt, daß schon gegenwärtig in höherer Weise die Einheit des ganzen Deutschlands erstrebt wird. Das war die Situation, als die Kommission ihre Berathungen anstellte, inzwischen ist heute morgen noch eine Sitzung der Adreß-Kommission gewesen, in welcher der gegenwärtig unterbreitete Abänderungsvorschlag von Stavenhagen und Genossen eingebracht ist. Die Kommission hat geglaubt, nachdem es gelungen ist, hervorragende Mitglieder aller Seiten dieses Hauses zu einer Kundgebung zu vereinigen, welche nach dem Zeugniß der Kommission alle wesentlichen Zielpunkte aussprechen wird, diesen Abänderungsantrag dem Hause empfehlen zu können. Für den Fall, daß er nicht die Mehrheit finden sollte, hat die Kommission geglaubt, auf ihren eigenen Entwurf zurückzugehen und denselben empfehlen zu müssen, weil sie den größten Werth darauf legt, daß dem Inlande wie dem Auslande gegenüber konstatirt werde, daß die Parteien, welche in Preußen bestehen, sich in großen Augenblicken auf dem Boden der Verständigung zusammenfinden können (Bravo!), daß es immer noch einen gemeinschaftlichen Ausdruck sowohl der konstitutionellen als der patriotischen Ueberzeugung giebt, den wir als den Ausdruck des gesammten Landes ohne Parteistandpunkt hinstellen können. Die Schwierigkeiten, welche die königliche Staatsregierung auf ihrem Wege gefunden hat, sind in diesem Augenblicke gemindert; aber vielleicht schon in naher Zukunft können neue Schwierigkeiten sich erheben, welche es nothwendig machen, aller Welt zu zeigen, daß das preußische Volk trotz persönlicher Widerstrebungen, trotz Antipathien, trotz großer Differenzen, die wir nicht verschweigen und nicht verhehlen, zu dem Ausdruck eines Willens zu gelangen vermöge. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, daß Sie möglichst einmüthig sich erheben möchten für den Abänderungsantrag des Abg. Stavenhagen, von dem ich sagen kann, daß das, was darin ausgesprochen ist, in der That nach verschiedenen Richtungen hin die Meinung repräsentirt, welche die Adreß-Kommission aus den verschiedenen Theilen des Hauses gemeinsam vertritt. In Beziehung auf den Antrag des Abgeordneten v. Lubienski habe ich mitzutheilen, daß die Adreß-Kommission der Meinung ist, daß derselbe in der Weise, wie er vorliegt, in die Adresse nicht aufgenommen werden kann, da er weder in den Entwurf der Komission, noch in den Stavenhagen'schen Entwurf sich passend einfügen läßt und weder mit dem Vorder- noch mit dem Nachsatze in Verbindung steht. (Bravo).

Abg. Dr. Joh. Jacoby: M. H., ich bedauere dem zuletzt ausgesprochenen Wunsche des Herrn Referenten nicht genügen zu können, und ich erlaube mir daher meine abweichende Ueberzeugung auszusprechen. Sollte vielleicht dies Anstoß erregen, so bitte ich im Voraus um Ihre Verzeihung. Jedenfalls liegt mir nicht die Absicht vor, irgend Jemand verletzen zu wollen. Meine Herren, der Adreßentwurf weist die Waffenthaten des preußischen Heeres nach und spricht die Hoffnung aus, ein politisch geeinigtes Deutschland werde deren Folge sein. Auch ich kann in vollem Maße die heldenmüthige Tapferkeit des Heeres, wie die Großartigkeit der kriegerischen Erfolge anerkennen. Allein das „io triumphe!" der Regierungspartei vermag ich nicht zu theilen. Die Volkspartei hat nach meiner Ansicht weder das Recht dazu, noch einen triftigen Grund; kein Recht, denn der Krieg ist ohne, ja gegen den Willen des Volkes unternommen. (Bewegung.) Keinen triftigen Grund, denn nicht ihr, der Volkspartei, kommt der errungene Sieg zu Gute, sondern allein der Machtvollkommenheit des obersten Kriegsherrn. M. H., seit einem Viertel Jahrhundert kämpfe ich für Recht und Verfassung, für bürgerliche und staatliche Freiheit. Sie werden es mir daher schon zu Gute halten, wenn ich mich auch heute nicht dazu verstehen kann, an die Verhältnisse der Gegenwart einen andern Maßstab zu legen. Thue ich dies aber, dann muß ich Ihnen meine innige aufrichtige Ueberzeugung dahin aussprechen, daß dieser Krieg gegen Deutsche geführt, trotz aller Siege des preußischen Heeres dem preußischen Volke weder zur Ehre, noch dem gesammten deutschen Vaterlande zum Heile gereicht. (Allgemeine anhaltende Bewegung im ganzen Hause. Heftige Unterbrechung auf der rechten Seite.) Meine Herren, ich weiß sehr gut, daß sie einer ganz anderen Meinung sind, aber Sie werden mir billiger Weise auch nicht das Recht absprechen, die meinige zu haben und sie auszusprechen, und Sie werden mir zugestehen, daß dies in der möglichst mildesten Weise geschehen ist. (Widerspruch.) Meine Herren, das Urtheil der Gegenwart über sich selbst ist nicht immer ein unbefangenes, wie auch der Herr Referent schon hervorgehoben; erst die unbefangene Zukunft wird zeigen, ob der Tag von Biarritz ein ehrenvollerer gewesen ist, als der Tag von Olmütz. Meine Herren! Der Adreßentwurf hofft, ein einiges, ein politisch geeinigtes Deutschland werde die Folge, die Frucht des Krieges sein. Ich kann diese Hoffnung nicht theilen; ich glaube vielmehr, daß die Ausstoßung Oestreichs, das heißt „die Ausstoßung von Millionen deutscher Brüder aus dem gemeinsamen Vaterlande," daß die Zerspaltung Deutschlands durch die Mainlinie, ein Plan, der beiläufig schon seit dem Jahre 1822 verfolgt wurde, daß mit einem Worte die Verwirklichung des kleindeutschen Ideals unter preußischer Herrschaft, uns von dem ersehnten Ziele deutscher Einheit und Freiheit weiter abführt, als selbst der frühere Bundestag. Die Sprache des Schwerdtes, meine Herren, — ich brauche die Worte des Staatsministers von Schön — die Sprache des Schwerdtes drückt nichts weiter aus, als die Unklarheit des Begriffes; ehe dieser aber zur Klarheit gediehen ist, ist an eine befriedigende Entwicklung der Verhältnisse nicht zu denken. Täuschen wir uns doch nicht über die politische Bedeutsamkeit kriegerischer Erfolge. Mögen immerhin andere Völker auf diesem Wege zu Erfolgen gelangen können; aber das deutsche Volk hat von jeher allen solchen Einigungsversuchen erfolgreichen Widerstand geleistet, und am wenigsten kann man in einer Adresse dergleichen als Vorstufe der Freiheit preisen. Ich komme, m. H., auf die Worte, die der Herr Ministerpräsident in der Kommissionssitzung gebraucht hat. Er hat erklärt, es komme vor Allem darauf an, die Hausmacht Preußens zu stärken. In specifisch preußischem Interesse mag dies vielleicht wünschenswerth sein, aber vom deutschen Standpunkt, vom Standpunkt der Freiheit, kann ich eine solche Stärkung Preußens durch die Macht der Waffen nicht als ein glückverheißendes Ereigniß begrüßen. Dauert in Preußen das bisherige Regierungssystem fort, — und bis jetzt ist von einer Aenderung kaum etwas zu bemerken, — so möchte sich die so sich ergebende Gestaltung Deutschlands zu der früheren verhalten wie Tod zu Krankheit. In Bezug auf die inneren Fragen spricht der Adreßentwurf die Erwartung aus, der seit 4 Jahren bestehende Konflikt werde durch die von der Regierung verlangte Indemnität seine Erledigung finden. Das hohe Haus wird ja bei Prüfung dieser Vorlage Gelegenheit haben, sich hierüber auszusprechen. Ohne dem vorzugreifen, will ich hier nur eine kurze Bemerkung einschalten. Für Details, für einzelne ohne gesetzliche Grundlage vorgenommene Handlungen kann die Volksvertretung Indemnität bewilligen; aber für ein Jahre langes verfassungswidriges, budgetloses Regiment kann keine Volksvertretung Indemnität gewähren, zumal, wenn die alten Minister auf ihrem Posten verbleiben, wenn keinerlei Bürgschaft gegen die Wiederkehr solcher Zustände geboten werden. Was von den nationalen Bestrebungen, die von der Regierung selbst angeregt sind, gesagt ist, hat seine volle Berechtigung; nur Eines möge man darüber nicht vergessen, daß die ewigen Grundsätze des Rechts, der Sittlichkeit, der Freiheit es allein sind, von denen die Wohlfahrt der Völker abhängt. Nur im Dienste des Rechts und der Freiheit darf die Fahne der Nationalität und des Princips der Nationalität erhoben werden. Männern, wie Louis Napoleon und seines Gleichen dagegen, dient diese Fahne nur dazu, die Völker zu verwirren und zu verderben. (Beifall links.)

Der Präsident theilt darauf mit, daß ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion eingegangen ist. Zum Wort hat sich noch gemeldet gegen die Adresse der Abg. Dr. Michelis. Der Schlußantrag wird jedoch angenommen.

Es erhält darauf noch das Wort als Antragsteller

Abg. Reichensperger (gegen den Kommissions-Antrag für seinen eigenen Entwurf): Meine Herren. Sie werden es mir nicht verargen, wenn ich noch das Wort ergreife, um in dem großen bedeutungsvollen Zeitpunkte, in dem wir uns befinden, offen und frei meine Ansicht, wenn auch mit Mäßigung, auszusprechen. Denn, meine Herren, das Vaterland bedarf des bürgerlichen Muthes eben so sehr, wie des kriegerischen, und gerade in dieser Versammlung ist ja die Stätte, wo jener am besten bewiesen werden kann. Ich will nur in Kurzem auf den großen verhängnißvollen Krieg eingehen, der so eben geführt worden ist. Der Adreßentwurf der Kommission stellt ihn als vollendete Thatsache hin und behauptet, daß er nur im Bewußtsein der absoluten Nothwendigkeit geführt worden ist. Meine Herren, der Krieg ist thatsächlich ohne Zustimmung der Landesvertretung geführt worden, der Krieg hat die Worte des Ministerpräsidenten zur Ausführung gebracht, daß, wenn die Staatsregierung einen Krieg führen wolle, sie ihn auch ohne das Land führen könne (Bravo rechts, Verwunderung auf der linken Seite). Im ganzen Lande, meine Herren, wurden deshalb ernste Befürchtungen hinsichtlich des Geschickes unseres preußischen Vaterlandes laut; ich erkenne laut und unverholen an, daß der eine Irrthum widerlegt worden ist durch die außerordentlichen und unerwarteten Erfolge unserer Armee. Ebenso hat sich ein zweiter Irrthum nicht bestätigt, der darin bestand, daß man glaubte, ein solcher großer Konflikt zwischen den beiden deutschen Großstaaten könne ohne die Einmischung des westlichen Nachbars nicht ausgefochten werden. Es hat sich glücklicherweise nicht bestätigt, aber nichtsdestoweniger möchte ich die dringende Bitte an die Staatsregierung richten, daß dieselbe niemals zu weit gehen möchte in der Vergrößerungssucht; denn wenn unser westlicher Nachbar auch im genwärtigen Augenblicke ruhig zusieht, so können wir darin durchaus keine Garantie für die Zukunft erblicken; er erspäht vielleicht nur einen günstigeren Moment, um jene unheilvollen, Deutschland beleidigenden Machtgelüste wieder mit erneuter Stärke hervortreten zu lassen. Die Lage unseres Staates, wie sie durch die Politik der gegenwärtigen Staatsregierung geschaffen worden ist, ist ringsum noch von Gefahren bedroht; Süddeutschland ist zwar abgetrennt, Oestreich aus dem Bunde ausgeschlossen und wer weiß, ob wir uns durch den Krieg Oestreich aus einem unbequemen Nebenbuhler nicht zu einem unerbittlichen Feinde gemacht haben. Es ist ja vielleicht möglich, daß der Herr Ministerpräsident bei seinen kühnen Operationen auch in Zukunft gleiches Glück hat, wie bisher, aber das kann doch unmöglich die Landesvertretung veranlassen, gegenüber allen diesen Gefahren so sehr siegesgewiß aufzutreten, wie dies im Kommissions-Entwurf ebenso wie im Amendement Stavenhagen geschieht. Ich kann mich ferner nicht einverstanden erklären mit dem Passus über den deutschen Bund, ich hätte es vielmehr für eine patriotische Pflicht des Hauses gehalten, gegenüber dem untergegangenen deutschen Bunde, unter dessen Aegide Deutschland 50 Jahre lang einen Aufschwung in geistiger sowohl, wie in materieller Beziehung vor vielen anderen Ländern genommen, mildere Worte zu gebrauchen. Ich hoffe zwar sehnsüchtig, daß die Neugestaltung Deutschlands noch herrlichere Resultate liefern wird, als der Bund, ich kann aber derartige Thatsachen nicht loben und preisen, ohne sie zu sehen. — Auch mit dem Passus des Kommissionsentwurfs, betreffend die Neugestaltung Deutschlands kann ich mich nicht einverstanden erklären. Der Gesetzentwurf basirt auf Art. 55 der Verfassung; das kann ich aber für keinen großen Erfolg ansehen, wenn, worauf sich ja Art. 55 bezieht, der König von Preußen Herrscher fremder Reiche wird. Hier macht sich außerdem die Staatsregierung einer großen Inkonsequenz schuldig. Bei Lauenburg hat sie es nicht für nöthig befunden, zur Einführung der Personal-Union dieses Landes mit Preußen die Einwilligung der Landesvertretung nachzusuchen. Heute erkennt sie die Nothwendigkeit an. Daraus müßte doch wohl folgen, daß sie in Betreff Lauenburgs noch nachträglich dasselbe veranlassen muß.

Ich muß aber auch der Adreßkommission vorhalten, daß sie einen Passus aufgenommen, in dem ausgesprochen wird, daß das Recht der Eroberung gegen Deutsche in Anwendung zu bringen sei. Die Staatsregierung hat in der Adreßkommission zwar ausgesprochen, daß nicht das Interesse der Regierungen, sondern das der Regierten für sie maßgebend sei; und dennoch sagt sie auf der andern Seite, daß die Landesvertretungen der okkupirten Länder nicht einberufen werden könnten, da sie thatsächlich außer Kraft gesetzt wären. Soll das vielleicht auch Bezug haben auf die Länder, in denen man die alte Verfassung selbst garantirt hat? Meine Herren, wenn ein preußischer Herrscher Deutschland erobert, so sollte, meine ich, der Satz als Grundlage der Rechtsauffassung gelten, der in Deutschland allseitig anerkannt wird: kein deutsches Land und Volk darf ohne landständische Vertretung sein. Es ist aber außerdem auch praktisch bedenklich, ohne den Willen der betreffenden Bevölkerung so große und umfangreiche Veränderungen vorzunehmen. Ich hoffe deshalb, daß das Blut unsrer tapfern Krieger nicht umsonst geflossen sein möge, kann aber leider die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Majorität dieses Hauses in Gemeinschaft mit der Staatsregierung die gute Ernte auf einem Boden sucht, wo sie nicht zu finden ist, auf dem Boden der spezifischen Machtvergrößerung bes preußischen Staates, anstatt die Resultate zu suchen in der Einheit des deutschen Vaterlandes. Ich meinerseits bin durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Prinzip der Freiheit gerade in umgekehrtem Verhältniß steht mit der Machtvergrößerung des Staates; und wenn wir hierbei nicht wachsam sind, so ist es gar nicht unmöglich, daß in Deutschland diejenigen Zustände eintreten, wie wir sie in unserm westlichen Nachbarlande sehen, wo man auf dem Standpunkte steht zu glauben, daß ein großes Reich nur durch ein centralisirendes Sicherheits-Gesetz regiert werden könne.

Was den Passus des Kommissionsentwurfes über die Indemnität betrifft, so freue ich mich, daß die Formulirung desselben nach meinem Entwurfe angenommen worden ist. Die Frage des Ausgabebewilligungsrechts berührt nicht eine besondere Partei, sondern es ist vielmehr eine Kardinalfrage des ganzen Volkes und des Rechtes der Landesvertretung. Seit 40 Jahren hat das preußische und deutsche Volk auf dem Schlachtfelde für seine Einigung und Unabhängigkeit nach Außen gekämpft. Man sollte glauben, daß es da wohl auch seine innere Freiheit verdient hätte. Es ist deshalb eine vollständig falsche Auffassung, wenn man von gewisser Seite her sagt, man möge die Sache doch ruhen lassen, weil unsere Armee jetzt so große Thaten vollführt habe; nein, eben gerade deshalb, weil das preußische Volk in Waffen sich so tapfer gezeigt, deshalb muß es mit demselben Muthe auch seine andern Rechte wahren und deshalb ist der Passus in der Adresse durchaus nothwendig.

Was nun meine Stellung zur deutschen Frage betrifft, so habe ich die großdeutsche Ansicht von jeher vertreten. Ich habe mir die Freiheit und Einheit nicht anders denken können, als wie sie jenes Lied auffaßt: „Das ganze Deutschland soll es sein, soweit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt!" — d. h. also einschließlich Oestreichs. Trotzdem aber, m. H., verstehe ich mich darauf, die idealen Wünsche von der Wirklichkeit und den vollendeten Thatsachen zu unterscheiden. Ich habe jenen großen Gedanken festgehalten, so lange der deutsche Bund bestand und Oestreich unbesiegt neben Preußen in Deutschland die Geschicke mit bestimmte. Beide Vorbedingungen sind nicht mehr vorhanden: der Bund ist gesprengt, Oestreich daraus ausgeschlossen; das deutsche Volk will und muß sich deshalb ein neues Staatsgebäude aufführen, und Preußen ist jetzt der einzige deutsche Staat, der für diesen Neubau das schirmende Dach abgeben kann. Darum ist es die Pflicht jedes deutschen Patrioten, die vollendeten Thatsachen anzuerkennen, und es ist ein dringendes Gebot, ganz besonders jene Eifersüchteleien und Gehässigkeiten, die zwischen Nord und Süd noch bestehen, zu vermeiden. Ich hoffe und vertraue auch, daß in Zukunft jeder Deutsche, der diesen Namen mit Recht verdienen will, es für seine schönste und heiligste Pflicht halten wird, zu denken und zu wollen, was die Gesammtheit denkt und will. Ich hoffe und vertraue, daß von der deutschen Macht, die sich jetzt an die Spitze Deutschlands stellt, die Geschichte niemals aussprechen kann, daß nur spezifisch-preußische Interessen für sie maßgebend gewesen sind. Wenn sich aber, m. H., ein neues konstitutionelles Deutschland in dieser Weise gestaltet, dann können wir auch auf einen um so höheren Aufschwung des deutschen Geistes rechnen, von dessen Kraft die ganze Menschheit so Vieles und Großes hoffen darf.

Abg. Graf Schwerin zur Geschäftsordnung: Meine Herren! Als heute Vormittag die Adreßkommission das Amendement Stavenhagen noch in Berathung zog, wurde die Meinung ausgesprochen, daß alle andern Entwürfe zurückgezogen werden sollten. Nun hat aber der Abg. Reichensperger seinen Antrag vertheidigt, obgleich er nicht einmal die ausreichende Unterstützung, er hat nur 15 Unterschriften, erhalten hat. Wir unsererseits haben unseren Antrag zurückgezogen und es auch nicht für angemessen erachtet, bei der gegenwärtigen Lage der Sache noch in die Diskussion einzugreifen, damit der Zwiespalt unter den Parteien, der so eben beigelegt, nicht wieder ausbreche. — Aber auch der Herr Berichterstatter ist, wie ich glaube, über den Beschluß der Kommission hinausgegangen; die Kommission wünschte nämlich, daß der Bericht des Referenten ganz kurz und objektiv sein möge. Er hat aber Dinge gesagt, die wohl nur seine Meinung waren und in der Kommission weder vorberathen noch zum Beschluß erhoben worden sind. — Wir unsererseits, ich wiederhole es nochmals, werden uns jeder Diskussion enthalten, um das Haus durch die Reden nicht wieder von dem vereinbarten Entschluß abzubringen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Präsidenten gegen den Abg. Graf Schwerin, worin der Präsident sein Verfahren betreffs der Wortertheilung an den Abg. Reichensperger rechtfertigte, erhält das Wort zur Geschäfts-Ordnung

Abg. Dr. Waldeck: M. H.! Auch ich ziehe meinen Antrag zu Gunsten des Amendements Stavenhagen zurück, glaube aber, daß der Abg. Graf Schwerin mit Unrecht den Referenten angegriffen hat; dieser hatte ja doch die Aufgabe, auch den ursprünglichen Kommissionsentwurf, der noch eventuell, wenn der Stavenhagensche verworfen werden sollte, zur Abstimmung kommen muß, zu motiviren; wie er dies motivirt, ist doch wohl seine Sache.

Abg. v. Blanckenburg: (Zur Geschäftsordnung.) Auch wir haben unsern Adreßantrag zu Gunsten des vereinbarten Stavenhagenschen Amendements zurückgezogen; wir enthalten uns aber gleichfalls der Diskussion, um das Resultat der Vereinbarung nicht wieder in Frage zu stellen, und um zu dokumentiren, daß das preußische Abgeordnetenhaus dem Auslande gegenüber einig ist. — Die Erklärungen der Abgg. Reichensperger und Jacoby werden nicht unbeantwortet bleiben; blos heute wollen wir es nicht, sondern an einem Orte und zu einer Zeit, wo es uns passender erscheinen wird.

Referent Abg. Dr. Virchow: Was den Vorwurf betrifft, den mir der Abg. Graf Schwerin wegen der Motivirung des Kommissionsantrages gemacht, so glaube ich mir eine Entgegnung ersparen zu können, indem ich einfach an die Gerechtigkeit des Hauses appellire. — Auch auf die Bemerkung des Abgeordneten für Berlin, der in seinem wohl bekannten Beruf als Vorkämpfer für Recht und Freiheit der von mir über den Krieg ausgesprochenen Ansicht entgegengetreten ist, habe ich eine kurze Bemerkung zu machen. Ich habe nämlich hervorgehoben, daß es nicht unsere Sache sei, heute noch die Ursachen des Krieges zu untersuchen und dagegen zu protestiren, sondern daß wir dies der Geschichtschreibung überlassen müssen. Ich glaube aber auch, daß der Krieg noch den Vortheil gebracht, daß er zwei Fiktionen vollständig beseitig hat. Die Regierung hatte die Fiktion, daß sie einen Krieg führen könne gegen die Regierungen und nicht gegen die Bevölkerung, von dieser Fiktion wird die Regierung nun wohl geheilt sein. Wir wiederum waren der Ansicht, daß die Regierung auf eigene Hand einen Krieg führen könne und das Volk nicht daran theilzunehmen brauche. Die Regierung hat aber das nationale Banner entfaltet und das Volk ist mit in den Kampf eingetreten. Es ist nun unsere Sache, dafür zu sorgen, daß das Banner nicht zu frühzeitig wieder geschlossen werde. Der Krieg, den wir geführt haben, wird immer als eine große Ehrenthat des preußischen Volkes gelten, daran hege ich nicht den mindesten Zweifel. Nach meiner Auffassung wird in der ganzen Weltgeschichte keinem Volk jemals ein Krieg zu größerer Ehre gereichen. Ich trage jedoch kein Bedenken, hier offen zu erklären, daß ich durchaus nicht zu den Vertheidigern der Kriege überhaupt gehöre und daß, wenn ich einen Weg ohne Krieg sehe, ich viel lieber diesen Weg gehe: M. H., die Freiheit wird nicht errungen ohne große Konflikte, und ich glaube, daß die großen Ereignisse, die wir soeben erlebt haben, auch als wirkliche neue Grundlage für die nationale Gestaltung Deutschlands dienen werden. Was die Ansicht des Abg. Reichensperger betrifft, der das ganze Deutschland einschließlich Oestreichs haben will, so brauche ich wohl nur zu konstatiren, daß die Majorität dieses Hauses immer den Standpunkt festhielt, daß der Ausschluß Oestreichs aus Deutschland ein Bedürfniß unserer nationalen Neugestaltung sei.

Abg. Jacoby (zur persönlichen Bemerkung): Meine Herren. Da die beiden Abgeordneten, Herr v. Blankenburg und der Herr Referent, mich namentlich genannt haben, so glaube ich auch zu einer persönlichen Gegenbemerkung berechtigt zu sein. Der Herr Abg. v. Blanckenburg sagte, er ziehe seinen Antrag zurück, um zu konstatiren, daß es dem Auslande gegenüber ein einiges preußisches Abgeordnetenhaus gebe. Ein ähnlicher Ausspruch ist auch in der Kommission gefallen. Ich meinerseits will darauf nur

bemerken, daß ich glaube, es komme vor Allem darauf an, daß der Schein der Wirklichkeit entspreche, nicht aber auf das, was dem Auslande gegenüber erscheinen soll, wenn es in Wirklichkeit nicht vorhanden ist (Unruhe rechts). Gegen den Herrn Referenten bemerke ich, daß, wenn er meine Rede im stenographischen Bericht lesen wird, er sehr wohl erkennen wird, was ich glaube, daß ich aber unterscheide, daß dem preußischen Volke auf der einen Seite etwas zur Ehre gereichen kann, was ihm auf der anderen Seite durchaus nicht zur Ehre gereicht.

Es wird darauf zur Specialdiskussion übergegangen. Alinea I. des Stavenhagenschen Antrages wird verlesen und ohne Debatte angenommen. Dagegen waren nur ca. 20 Stimmen, u. A. Jacoby, Senff, Reichensperger, Michelis und die meisten Mitglieder der katholischen Fraktion.

Zu Al. II. erhält das Wort der Abg. v. Lubienski:

Meine Herren! Ich und meine politischen Freunde wissen und verstehen es zu würdigen, welche Gefühle Sie in gegenwärtigem Augenblick bewegen, denen Sie in der an Se. Majestät den König zu richtenden Adresse Ausdruck geben wollen, — wir wissen und verstehen es ebenfalls zu würdigen, daß Sie stolz sein können auf die Thaten des jüngst geführten Krieges, welcher in einer so kurzen Zeit mit so glänzenden Erfolgen gekrönt und mit ungewöhnlichem Glanze das Sieges-Banner bedeckt hat, — andererseits aber, meine Herren, zweifeln auch wir keinen Augenblick, daß diese glücklichen Erfolge, daß die Siege der Armee, daß die Erweiterung ihrer Grenzen, daß die Tendenz zur Einigung eines großen deutschen Reiches, — Sie nicht vergessen lassen werden, daß in ihrer Mitte sich ein Theil eines Volkes befindet, — der zwar ohne politische Existenz und Unabhängigkeit, aber stets eingedenk ist seiner Vergangenheit, seiner Geschichte, seiner Nationalität, — dem Preußens Könige seine nationalen Rechte garantirt haben, indem Sie zugleich ihre Achtung demselben aussprachen für seine Liebe und Anhänglichkeit an sein Vaterland, — und daß dieses Volk das polnische ist, welches zu vertreten, wir die Ehre haben.

Wenden Sie nun auf einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit auf die den letzten Krieg leitenden Grundsätze, — blicken Sie auf das in demselben hochgehaltene Banner, so finden Sie darauf das edele und erhabene Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationalitäten, — Sie erblicken die preußische Regierung alliirt mit Italien, und demselben die hülfreiche Hand bietend, zur Befreiung von der östreichischen Uebermacht, — Sie erblicken ferner die preußische Regierung die Ungarn mit Waffen versehend, um denselben Gelegenheit zu bieten, für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes zu kämpfen, — Sie erblicken endlich den Aufruf des preußischen Oberkommando an die Böhmen und Mähren, dessen Schluß wortgetreu lautet: „Sollte unsere gerechte Sache obsiegen, dann dürfte sich vielleicht auch den Böhmen und Mähren der Augenblick darbieten, in dem sie ihre nationalen Wünsche, gleich den Ungarn, verwirklichen können. — Möge dann ein günstiger Stern ihr Glück auf immerdar begründen."

Nach allen diesen so frischen und evidenten Ereignissen, in welchen Sie die preußische Regierung selbst im Beistande und Schutze fremder Nationalitäten die Initiative ergreifen sehen, — worin die preußische Regierung selbst den Schwachen und Unterdrückten sogar die hülfreiche Hand bietet zur Wiedererlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit, — sollten wir polnische Unterthanen Sr. königlichen Majestät noch jetzt daran zweifeln, daß uns gegenüber etwa andere Grundsätze und Prinzipien zur Anwendung kommen sollten und kommen könnten, — daß unsere nationalen Wünsche und unsere garantirten Rechte auch jetzt noch nicht erhalten und nicht erfüllt werden sollten?

Nein, meine Herren, daran können, daran wollen wir keinen Augenblick zweifeln, und wenn Sie, meine Herren, in Folge dieses glücklich geführten Krieges, Ihre Gefühle in einer Adresse an Se. Majestät den König auszudrücken beabsichtigen, wenn Sie, meine Herren, hoffen, daß das geflossene edle [illegible] eine Saat ist für reiche Früchte, die in der Zukunft geerntet werden [illegible] wenn Sie, meine Herren, es gewiß in frischestem Angedenken behalten [illegible] wie viele unserer Landsleute in den Reihen der Armee gekämpft haben, und wie viel polnisches Blut für die Größe und Einigkeit Deutschlands in diesem Kriege geflossen, — so knüpfen auch wir unsererseits gewiß keine sanguinischen sondern gerechtfertigten Hoffnungen an die Saat unseres Blutes, und sehen der Realisirung unserer Wünsche und Rechte entgegen.

Diesen unseren Wünschen haben wir in dem von uns aufgestellten Amendement zu der Adresse an Se. Majestät den König, Ausdruck zu geben versucht.

Lassen Sie, meine Herren, das den preußischen Adler umsternende „Suum cuique" auch an uns eine innere Wahrheit werden, — zeigen Sie, meine Herren, durch ihr Votum, daß, obgleich wir uns hier in der Minorität befinden, Sie auch uns gegenüber das Nationalitätsprinzip als politischen Grundsatz aufstellen, indem Sie für unser Amendement stimmen.

Ministerpräsident Graf Bismarck. Der Herr Vorredner hat sich auf eine in Böhmen erlassene Proklamation berufen. Ich gehe auf diesen Vorgang nicht weiter ein, denn ich glaube nicht, daß eine Proklamation eines kommandirenden Generals in Feindes-Land ein geeignetes Aktenstück ist, um zur Unterlage staatsrechtlicher Erörterungen in unseren inneren Angelegenheiten zu dienen. Ich würde deshalb nicht das Wort ergriffen haben, sondern hauptsächlich darum, um gegen eine Aeußerung des Herrn Vorredners Protest einzulegen. Der Herr Vorredner hat gesagt, er vertrete hier das polnische Volk. Er hat sich dadurch mit der Verfassung in Widerspruch gesetzt. Jeder der hier anwesenden Herren vertritt das preußische Volk und es ist dies in der Verfassung expressis verbis ausgesprochen, daß unsere polnischen Landsleute diese Auffassung nicht theilen, daß in ihrem Herzen diese Sonderung nicht lebt, das haben sie allerdings — und in dieser Anspielung hätte der Herr Vorredner in der Thatsache Recht, aber nicht in den Folgerungen, die er daraus zog — das haben sie auf den böhmischen Schlachtfeldern bewiesen. Mit der glänzenden Tapferkeit, welche die Polen von jeher charakterisirt hat, haben sie ihre Hingebung an das preußische Vaterland, ihre Anhänglichkeit an die Krone Preußens bestätigt, sie haben ihr Blut mit dem unsrigen, mit dem ihrer deutsch sprechenden Landsleute vermischt. Es ist uns Allen bekannt, daß der größere Theil des heldenmüthigen 5. Armeekorps aus jenen Gegenden stammt, wo die polnische Bevölkerung ziemlich ungemischt vorhanden ist, und gerade diese haben mit ihrem Blute die Ueberzeugung besiegelt, daß sie zum preußischen Volke gehören wollen, und daß diese Sonderung, wie sie hier künstlich aufgestellt ist, in den Herzen ihrer Kommittenten nicht lebt. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nunmehr Schluß der Debatte über Alinea II. beantragt und angenommen. Das Amendement v. Lubienski wird verworfen gegen ca. 20 Stimmen; dafür die Polen, Dr. Jakoby und Berger (Solingen). — Darauf wird Aliena II. angenommen gegen die Stimmen der Polen und Katholiken und einzelner Anderer, z. B. Dr. Jakoby. — Alinea III. wird ohne Debatte fast einstimmig angenommen; dafür auch die Polen und Katholiken. — Ebenso Alinea IV. — Alinea V., VI., VII., VIII. werden gleichfalls ohne Debatte gegen die Stimmen der Polen und Katholiken und Einzelner angenommen. Darauf wird der ganze Adreßentwurf nochmals verlesen und gegen ca. 25 Stimmen (die polnische und katholische Fraktion, Abg. Jakoby, Senff, Bresgen) angenommen.

Es ist dabei noch zu bemerken, daß diejenigen Minister, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind, v. d. Heydt, Graf zu Eulenburg, v. Selchow, Graf zur Lippe, an der Abstimmung Theil nahmen und für die Adresse stimmten.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird darauf beschlossen, der Geschäftsordnung gemäß eine Deputation von 30 Mitgliedern sofort auszuloosen, welche die Adresse in Gemeinschaft mit den drei Präsidenten des Hauses dem Könige überreichen soll. Bei der durch den Präsidenten selbst vorgenommenen Verloosung wurden folgende Namen gezogen: v. Röbel, Jüngken, Lucas, Dr. Löwe, Dr. John (Labiau), Korn, v. Lingenthal, Couvienne, Duncker, Graf v. Kleist, Baur, Lent, Meyer (Lübbecke), Chomse, Dr. Weber, Freiherr v. Richthofen (Jauer), v. Hippel, Dr. Becker, Dr. Krebs, Reinhardt, Krieger (Berlin), v. Wangenheim, v. Enkevort, Pieschel, Runge, Richter, Drabich, v. Bismarck, v. Fock, Binder.

Darauf wird die Sitzung 12¾ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Bankvorlage und Schlußberathung über die vier bekannten oktroyirten Verordnungen.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 23. August.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Prüfung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. mit der preußischen Monarchie, hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung. — Von Seiten des Staatsministeriums war der Ministerpräsident Graf Bismarck anwesend.

Die Sitzung ward bald nach 6 Uhr mit dem Berichte des Referenten, Abg. v. Kirchmann, eröffnet. Derselbe begrüßte den Gesetz-Entwurf als einen der wichtigsten Akte für die Gesammtentwickelung der deutschen und preußischen Verhältnisse. Nach einigen allgemeinen Betrachtungen ging er sodann auf den Entwurf selbst über, und kam zu dem Resultate, daß, bevor nicht von Seiten der Staatsregierung nähere Erörterungen gegeben worden wären, er sich für die im §. 1. angedeutete Personal Union jener Länder mit Preußen nicht aussprechen könne. Er hielt es vielmehr für geboten, daß, da bereits in der Ueberschrift des Gesetzes ausdrücklich die Vereinigung der betreffenden Länder mit der preußischen Monarchie ausgedrückt wäre, diese Vereinigung in das Gesetz selbst aufgenommen würde, und schlug deshalb das Amendement vor:

„An Stelle des §. 1. des Entwurfs zu setzen:

„Das Königreich Hannover, Kurfürstenthum Hessen, Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden mit dem preußischen Staate hierdurch vereinigt;"

sodann den §. 1. des Gesetzentwurfs zu §. 2. zu machen und als §. 3. den §. 2. des Entwurfs, jedoch mit der Modifikation zu setzen, daß das dort vorgesehene Gesetz längstens binnen 1 Jahre vorgelegt werden müsse.

Nach dieser Erörterung richtete der Referent an den Ministerpräsidenten verschiedene Fragen, zunächst die, ob es die Ansicht der königlichen Staatsregierung wäre, daß die in den einzelnen der in Frage kommenden Länder bestehenden Verfassungen durch die Eroberung jener Länder als beseitigt zu betrachten wären. — Diese Frage bejahte der Ministerpräsident, indem er ausführte, daß mit dem Falle des Staatsoberhauptes, seiner Ansicht nach, selbstverständlich auch die mit demselben vereinbarte Staatsverfassung fiele.

Auf die weitere Frage des Referenten, ob und welche besondere Einrichtungen der einzelnen Staaten erhalten bleiben sollten, bemerkte der Ministerpräsident, daß sich dies noch nicht übersehen lasse; daß die Staatsregierung aber den Wunsch hege, den einzelnen Staaten so viel von ihren besonderen Einrichtungen zu lassen, als unsere eigenen staatlichen Einrichtungen es vertrügen.

Auf die Frage, welche rechtliche Stellung auf dem zu erwartenden deutschen Parlamente die betreffenden Staaten einnehmen würden, erwiederte der Ministerpräsident, daß, wenn die Publikation der jetzigen Vorlage nicht früher erfolge, die Wahlen jedenfalls in den betreffenden Ländern ebenso angeordnet werden müßten, wie in den übrigen zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten, da die Einwohner der in Frage kommenden Staaten doch das Recht hätten, eine Vertretung beim deutschen Parlamente zu verlangen.

Es wurde darauf die General-Diskussion eröffnet; sämmtliche Redner, Schulze (Berlin), Graf Schwerin und v. Kirchmann sprachen sich entschieden gegen die Personal-Union aus, und namentlich wurde von Schulze und Kirchmann auf die großen Verwickelungen hingewiesen, die auch nur aus einer einstweiligen Personal-Union entstehen müßten. — Auch wurde von einer Seite bemerkt, daß es im Interesse der betreffenden Länder selbst liege, aus der Ungewißheit und Unsicherheit ihres Zustandes herauszukommen, was aber nur durch sofortige Real-Union mit dem preußischen Staate erfolgen könne.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß bei den verschiedenen Strömungen gegen die Entthronung der betr. Fürsten durch eine sofortige Real-Union auch nach dieser Seite hin alle Einwirkungen beseitigt würden. — Man könne auch gar nicht wissen, ob das Herrenhaus zur Umwandlung der Personal-Union in die Real-Union später die Einwilligung geben würde, während dies jetzt, wo die Sache noch im Fluß wäre, wohl mit Sicherheit zu erwarten wäre.

Referent v. Kirchmann legte darauf noch einen besonderen Gesetzentwurf als Amendement vor, der im Wesentlichen die sofortige Einverleibung der betr. Länder in den preußischen Staat und die Einführung der preußischen Verfassung in denselben betonte, jedoch die weitere Organisation und Einführung der besonderen Gesetze einer späteren Zeit vorbehalten wissen wollte, und der auch die Aufrechthaltung der besonderen Einrichtungen und Institute der betr. Staaten schützen sollte.

Abg. Graf Schwerin hielt es für genügend, den Gesetzentwurf einzig darauf zu beschränken, daß die Vereinigung der betr. Länder mit dem preußischen Staate nach Art. 2. der Verfassungs-Urkunde erfolge.

Der Ministerpräsident erklärte hierauf, daß es nur in dem Wunsche des Königs und der Regierung selbst liegen könne, so schnell wie möglich die Einverleibung der betr. Länder in den preußischen Staat nach Art. 2. der Verfassungs-Urkunde herbeizuführen. Er selbst könne die beantragte Vorlage eines besonderen Gesetzes binnen längstens 1 Jahre nur bestens acceptiren, glaube sogar, daß die Frist zu lang sei, da er hoffe, in bedeutend kürzerer Zeit die Einverleibung vollendet zu sehen. — Es liege, das könne er versichern, nie und nimmermehr in der Absicht des Königs und der Staats-Regierung, für die betreffenden Länder eine eigentliche Personal-Union mit der Krone herzustellen. — Die von allen Seiten vorgeschlagene sofortige Einverleibung entspreche vollkommen den Wünschen der Staats-Regierung, nur hätte sie ein Uebergangsstadium suchen müssen, und ein solches in der vorläufigen Diktatur des Königs finden zu können geglaubt. Er könne für seine Person allerdings eine positive Zusage der Annahme der sofortigen Inkorporirung Namens des Staats-Ministeriums nicht abgeben, nehme den Vorschlag aber ad referendum an. Er glaube auch nicht, daß dies bei dem anderen Hause, dem Herrenhause, besondere Schwierigkeiten finden würde; er ersuchte schließlich, die heutigen Verhandlungen zu vertagen, damit er hierüber mit dem Staats-Ministerium erst noch in Berathung treten könne.

Darauf ging der Ministerpräsident über zur Darlegung der Verhandlungen mit Baden, Würtemberg, Baiern und Darmstadt. — Mit Baden und Würtemberg wäre der Friedensvertrag bereits ratificirt. Die allgemeinen Gesichtspunkte der Staatsregierung bei dem Friedensschlusse und der Erwerbung von Hannover ꝛc. seien dahin gegangen, daß die Staatsregierung einen Gebietserwerb für den preußischen Staat nur insoweit erstrebt habe und habe erstreben müssen, als es zur Arrondirung des preußischen Staates und zur Sicherung der preußischen Machtstellung durchaus nothwendig erschienen sei; man habe sich daher bei den Friedensverträgen mit Baiern nur auf eine kleine Grenzregulirung und bei Hessen-Darmstadt auf einen kleinen Theil von Oberhessen beschränkt. Die Staatsregierung glaube dadurch zu gleicher Zeit den „süddeutschen Brüdern" zu zeigen, daß, ungeachtet der preußische Staat bei den glücklichen kriegerischen Ereignissen die Macht in Händen gehabt hätte, es derselben doch vorzüglich daran gelegen sei, sie mit dem Gedanken einer näheren Vereinigung dieser Länder mit dem preußischen Staate zu versöhnen. — Bei Baden und Würtemberg sei deshalb blos eine Kriegskosten-Entschädigung von 6, resp. 8 Millionen Gulden festgesetzt, bei Baiern wäre eine Entschädigung von 30 Millionen Gulden in Aussicht genommen; in Bezug auf Sachsen schwebten die Verhandlungen noch.

Nach diesen Eröffnungen wurde die Sitzung um 9 Uhr vertagt. Nächste Sitzung noch unbestimmt.

— In unserem gestrigen Berichte über die Verhandlungen der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Prüfung des Entwurfes eines Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes ist irrthümlich angeführt, daß der Abg. Löwe sich gegen die Einfügung eines Paragraphen erklärt habe, durch welchen das Recht der Konstituirung der Versammlung und die Redefreiheit der Abgeordneten gesichert werde, wie ihn der Referent Twesten vorgeschlagen. Abg. Löwe hat im Gegentheil gerade die Einfügung einer solchen Bestimmung für nothwendig erklärt, obgleich er im Uebrigen gegen die Vornahme von Veränderungen, die vom Geist und vom Wortlaut des Reichswahlgesetzes abweichen, sich aussprach.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. August. [Militärisches.] Auf der Bahn kam gestern Nachmittag das 14. Landwehr-Regiment vom Kriegsschauplatze zurück. Zwei Bataillone wurden per Bahn weiter nach Schneidemühl und Bromberg befördert, das 1. Bataillon dagegen marschirte in die Stadt und trat heute Morgen 6 Uhr seinen Marsch nach Gnesen an.

— [Die östreichischen Kanonen], die unter Beaufsichtigung eines Postens auf dem Wilhelmsplatz dem Publikum einige Wochen hindurch zur Ansicht aufgestellt waren, sind gestern wieder auf das Kernwerk gefahren worden.

— [Umbau des Bazar.] Wie wir hören, soll der Bazar einen wesentlichen Umbau in der Art erhalten, daß die Einfahrt in der Neuenstraße aufgehoben und von der Wilhelmsstraße aus — dort, wo die Szpingier'sche Konditorei sich befand — eingerichtet werden soll. Außerdem soll auf diesen Theil des Bazar an der Wilhelmsstraße, der bekanntlich um ein Stockwerk niedriger ist als die übrigen Theile, ein Stockwerk neu aufgesetzt werden. Dieser Umbau wird wahrscheinlich in dem nächsten Herbste vorgenommen werden, wenigstens ist mehreren Kaufleuten in den Läden, die von der Aenderung berührt werden, zum 1. Oktober cr. gekündigt worden.

— [Cholera.] Am 22./23. August c. erkrankten im Civil 14, starben 7. Bestand am 23. August c. im Stadtlazareth 17, im Militärlazareth 72.

— [Die Brauereien und die Wasserleitung.] Immer hören wir von dem großen Einflusse des Wassers auf das Bier sprechen und daß die Brauereien dieses oder jenes Bier nicht herstellen können, weil ihnen dieses oder jenes Wasser fehlt; aber verschiedenartigeres Wasser, als es die Brauereien bisher in Posen benutzen mußten, haben die Brauerein in anderen Städten wohl selten. Die Bezugsquellen waren bis jetzt theils eigene Pumpen, theils die alte Wasserleitung, theils die Warthe und theils die Bogdanka, von wo aus das Wasser in Fässern gefahren werden mußte. Und welche Kalamitäten waren mit dieser Beschaffung des Wassers zuweilen verbunden: in einer Brauerei versiegte plötzlich die Wasserquelle, in der andern bekam man schlechtes, unreines Wasser u. s. w. Wie ganz anders ist es nach Eröffnung der neuen städtischen Wasserleitung geworden! Alle Brauereien können ein und dasselbe Wasser benutzen und das Publikum wird seinen Schoppen Bier mit erhöhtem Appetit trinken, wenn es daran denkt, wie rein und klar das Wasser in den Brauereien gegenwärtig ist. Alle Brauereien in der Stadt — es sind deren acht, und zwar die von Hoffmann, Lambert, Stock, Gumprecht, Reimann, Hugger, Muschner und Weiß — sind daher von ihren Besitzern auch bereits mit der städtischen Wasserleitung versehen worden. Einige ließen die Einrichtung durch die J. & A. Aird'sche Fabrik für Wasserleitung schon bei der Eröffnung treffen, andere haben sich erst jetzt dazu verstanden. Eine der vollständigsten Einrichtungen hat Herr Hugger in seiner Brauerei, obgleich dieselbe mit der alten Raczynskischen Wasserleitung versehen war, durch die Fabrik des Schlossermeisters Herrn H. Schneider herstellen lassen. Diese Einrichtung verzweigt sich durch sämmtliche Räume der Brauerei. Vor einigen Tagen hat auch Herr Weiß seine Weißbierbrauerei (Wallischei und Venetianerstraße) für die Wasserleitung einrichten lassen, wenn schon in der Venetianerstraße noch gar nicht die Röhrenlegung von Seiten der Stadt erfolgt ist. Warum dies hier noch nicht geschehen, während doch schon die Schrodka sich der Wasserleitung erfreut, ist um so weniger begreiflich, da grade in der Venetianerstraße mehrere Fabriken, Speicher, Destillationen, die genannte Brauerei ꝛc. sich befinden, die sämmtlich auf die Wasserleitung warten.

— [Ein Landwehrmann über sein Quartier.] Mit mehreren seiner Kameraden stellte sich gestern ein Landwehrmann vor einem Laden am Breslauerthorplatz auf, um seinen Wirth wegen des ihm zugewiesenen „miserablen Quartiers" zur Rede zu stellen. „Seht, Kinder", schrie er zwischen den ihn umringenden Menschenhaufen, „so geht es einem preußischen Krieger, der für König und Vaterland gegen die Oestreicher gekämpft hat, hier wird ihm zum Quartier eine Halle angewiesen, — sein Wirth hat ihn ausgemiethet —, wo sein Gewehr und er selbst verrostet, wenn er da liegen bliebe. Die Oestreicher haben Haus und Hof im Kriege verloren und hätten gern anständige Quartiere gegeben, wenn sie den Krieg hätten abwenden können und wir müssen liegen wie die Hunde. Nun Kinder, habe ich nicht Recht?" Natürlich schrie ihm die umstehende Menge ein schallendes Bravo zu. Nun trat auch der Wirth heraus und seinen begütigenden Worten, daß das Quartier besser werden sollte, und der Wirkung eines Fünfböhmstückes, das er dem aufgebrachten Krieger in die Hand drückte, gelang es, diesen zu beruhigen, so daß er sich und mit ihm der Menschenhaufe entfernte.

O Schildberg, 20. August. [Denunciantenwesen.] Seit einer gewissen Zeit ist ein Denuncirungsunfug hier eingerissen, von dessen Möglichkeit wir früher nie auch nur eine Ahnung gehabt. Es ist dies ein sehr schlimmes Zeichen der Zeit, namentlich wenn es ganz offen zu Tage liegt, daß die Denunciationen auf unlautere, trüb- und selbstsüchtige Quellen zurückzuführen sind oder gar von Leuten ausgehen, die ihre Zeit und Kraft doch auf bessere Dinge verwenden sollten, als auf das Koncipiren, Kolportiren und Anpreisen der wunderlichsten Querulirungen, auf das oft durch die abentheuerlichsten Mittel zu erreichende Sammeln von Unterschriften für ihre Machwerke. Abgesehen von der zudringlichen, vorlauten, dummdreisten Behelligung der Behörden, wird durch so niedrige Diatriben in der Regel weiter nichts erreicht, als daß Parteien gebildet werden, welche einander bis in das Heiligthum des Hauses und der Familie hinein das liebe Leben nach Möglichkeit zu verbittern suchen. Es wäre wirklich an der Zeit, solch einem, unsre Zustände wahrhaft vergiftenden, heillosen Treiben einmal mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und die gewiß leicht zu errathenden und zu ermittelnden Störenfriede unschädlich zu machen. Wenn das nicht geschieht, so werden wir uns in die Nothwendigkeit versetzt sehen, mittelst der Presse sine ira et studio, aber ohne alle Menschenfurcht ein Exempel zu statuiren, daß wir nicht gewillt sind, solchem Gebahren fürder die Zügel schießen zu lassen. — Mögen die Störenfriede darum bei Zeiten bedenken, daß ja wenige Zeilen schon hinreichen können, sie moralisch zu vernichten.

X Gnesen, 22. August. In Folge der Bemühungen der hiesigen städtischen Behörden ist das hiesige Simultan-Gymnasium, an welchem einschließlich der Hülfs- und Religionslehrer gegenwärtig 13 Lehrer angestellt sind, ein kgl. Institut geworden, bezüglich vom Staate übernommen worden. Die dies bestätigende Allerhöchste Kabinetsordre, datirt vom 15. Mai d. J., die Ausführung derselben ist aber wegen der Kriegsereignisse vertagt worden. Bisher kostete der Stadt Gnesen die Unterhaltung des Gymnasiums jährlich 4500 Thaler, jetzt hat aber die Stadt Gnesen nur 2000 Thaler beizutragen, während den Ueberrest der Unterhaltungskosten der Staat hergiebt. Es ist also hierdurch der Stadt eine große Erleichterung zu Theil geworden. Das Gymnasium ist schon jetzt seit seinem kurzen Bestehen ziemlich stark besucht und es sind an demselben schon gegen 50 Freistellen errichtet. In diesen Tagen trifft der Herr Oberpräsident Horn aus Posen hier ein, um die Ab- resp. Uebernahme des Gymnasiums zu bewirken.

Angekommene Fremde.

Vom 24. August.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Szczaniecki nebst Frau aus Międzychod, Bataillonskommandeur v. Hirschfeld, Oberstabsarzt Funk, Hauptmann Kummer, die Lieutenants Steinwehr und Graf Poninski, Zahlmeister Hartig und Bataillonsschreiber Hoffmann aus Böhmen.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Frank aus Berlin, Kotzenberg aus Frankfurt a. O. und Jung aus Bremen, Oberamtmann Kinder aus Nuchowo, Fabrikant Perdelwitz aus Czarnikau, Staatsanwalt Braut aus Wreschen.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Baron v. Engeström aus Dresden, v. Sikorski aus Chrostkowo und v. Prądzynski aus Siemianowo, Hauptmann Meklenburg, Premierlieutenant Bethge und Lieutenant Fritsche aus Zittau, Kaufmann Müggenburg aus Barmen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Reichenheim, Jacoby, Wolff und Magnus aus Berlin, Kahlert und Dr. Traube aus Breslau, Seipelt und Dehnert aus Leipzig, Hirschel aus Glogau, Gärtner aus Crefeld, Weil aus Landau, Conrad aus Stettin, Grabenhorst aus Salzwedel, Gut und Fuchs aus Köln.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Grimm aus Hamburg und Balbach aus Alt-Stranz, Staatsanwalt Weige aus Brieg, die Lieutenants Heinrich und v. Maunitz aus Brünn, Oberlehrer Soest nebst Frau aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Die Kaufleute Grosse aus Krakau und Jonas aus Liegnitz, Portepéefähndrich v. Madai und einjähriger Freiwilliger Jaffe aus Posen, Eigenthümer Krajber aus Nowydwor, Probst Nowakowski aus Jasielus.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Grosser aus Berlin, Berliner aus Glogau, Wachs aus Dresden und v. Kąsinowski aus Schokken, Agronom Miller aus Gnesen, Oberförster Spieler aus Ludwigsberg.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Wolanski aus Bardo, Zablocki aus Neudorf, Turno nebst Familie aus Obiezierze und Graf Mielzynski aus Chobienice.

HOTEL DE PARIS. Gutsverwalter Radecki aus Zaborowo, Unteroffizier Kellermann aus Zittau, Agronom Heyducki aus Pinne.

EICHENER BORN. Handelsmann Granat aus Kempen.

(Beilage.)

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Stargard-Posener Eisenbahn.

Die Zahlung der Zinsen auf die am 1. Oktober d. J. fälligen, so wie auf die im Reste verbliebenen nicht verfallenen Coupons von Prioritäts-Obligationen I., II. und III. Emission der Stargard-Posener Eisenbahn erfolgt in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober l. J. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr,

und zwar

in **Breslau** bei unserer Hauptkasse,
in **Berlin** bei der Diskonto-Gesellschaft

und

dem Bankhause **S. Abel jun.**, Unter den Linden Nr. 2. daselbst,

in **Stettin** bei dem Bankhause **S. Abel jun.**

Schriftwechsel und Geldsendungen nach auswärts, finden dabei nicht statt.

Breslau, den 17. August 1866.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Dem 1. Besatzungs-Bataillon (Poln. Lissa) 2. Posenschen Landwehr-Regiments Nr. 19. sind im Laufe der Monate Juni, Juli und August c. aus seinem Heimathsbezirk Lissa, Rawicz, Fraustadt, Reisen, Storchnest rc. reiche Sendungen an Cigarren, Tabak, Rum, Arac, so wie Verbindezeug und Charpie in Kosel zugegangen, und dadurch den Mannschaften wiederholt sehr willkommene Erfrischungen zu Theil geworden.

Der Unterzeichnete fühlt sich verpflichtet, im Namen des Bataillons allen freundlichen Spendern, insbesondere auch den Veranlassern und Uebermittlern dieser Sendungen, den Herren Major **v. d. Groeben**, Landrath **Schopis**, Oberbürgermeister **Weigelt**, Distrikts-Kommissarius **Weidner** und Senator **Kleemann** hierdurch öffentlich den wärmsten Dank auszusprechen.

Kosel, im August 1866.

Der Kommandeur **v. Hobe.**

Bekanntmachung.

Zur Uebertragung des Baues eines massiven auf 64 Thlr. 12 Sgr. exkl. der Hand- und Spanndienste veranschlagten Wasserdurchlasses auf der Landstraße von **Posen** nach **Buk** innerhalb des Territorii **Marcellino** an den Mindestfordernden steht ein Lizitationstermin

auf den 3. September c.
Nachmittags 4 Uhr

auf dem landräthlichen Bureau an, zu welchem qualifizirte Bauunternehmer eingeladen werden.

Der Kostenanschlag und nähere Bedingungen können in der hiesigen Registratur eingesehen werden.

Posen, den 20. August 1866.

Königlicher Landrath.

Bekanntmachung.

Am **Donnerstag den 30. August 1866** von 9 Uhr Vormittags ab sollen vor dem Landrathsamte hierselbst 8 dem Kreise Kosten zurückgegebene **Mobilmachungspferde** meistbietend gegen baare Bezahlung verkauft werden, wozu ich Kauflustige einlade.

Kosten, den 22. August 1866.

Der Landrath.
J. V.
Ecke, Kreis-Sekretair.

Pferde-Verkauf.

Montag den 27. August c. Vormittags von 9 Uhr ab werden **20 Stück** dem Kreise zurückgegebene Mobilmachungs-Pferde meistbietend gegen baare Bezahlung auf dem Viehmarkte hierselbst verkauft.

Kempen, den 22. August 1866.

Der königliche Landrath.
J. V.
Hannig, Kreissekretair.

Am Montag den 27. d. Mts. früh 9 Uhr sollen in **Polnisch-Lissa** am Husarenstalle auf dem neuen Ringe 20 Stück vom Kreise **Fraustadt** zur Besatzungs-Schwadron **Glatz** zu stellen gewesen, und von dieser zurückgegebene Pferde durch den Abnahmekommissarius Herrn Rittergutsbesitzer **Perkiewicz** auf **Driebitz** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Fraustadt, den 23. August 1866.

Königlicher Landrath.
J. V.
Graf Ahlimb-Saldern.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von circa 80 Klaftern Eichenholz, circa 6 Klaftern Birkenholz und von circa 112 Klaftern Kiefernholz für die städtischen Institute pro 1867 soll im Wege der Minus-Lizitation ausgegeben werden.

Zur Abgabe der Gebote steht ein Termin

auf den 6. September d. J.
Vormittags 11 Uhr

vor dem Herrn Stadtrath Dr. **Samter** auf dem Rathhause an.

Die Bedingungen können in der Registratur eingesehen werden.

Posen, den 20. August 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In der **Louis Jareckischen** Konkurssache ist der Taxator **Winkler** hier als definitiver Verwalter bestätigt worden.

Gnesen, den 18. August 1866.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der durch Beschluß vom 21. Juli 1865 über das Vermögen des Gutspächters **August Lenz** zu **Wymyslowo** eröffnete Konkurs ist durch Ausschüttung der Masse beendet.

Wongrowiec, den 16. August 1866.

Königliches Kreisgericht.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich **Dienstag den 28. August d. J.** Vorm. 11 Uhr in ***Mieczyslawowo*** bei Schroda 2 Pferde, 3 Kühe, 2 Färsen, 2 Zuchtsäue, 3 Ferkel und 3 Schock Weizen, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 22. August 1866.

Der Auktionskommissar **Schroeder.**

Eine **Wassermühle**, neu erbaut, mit drei französischen Gängen und zwei Cylindern, bedeutender Wasserkraft, nebst massivem Wohnhaus und Stallungen, an der Chaussee in frequenter Gegend, ist Umstände halber zu verpachten oder zu verkaufen. Näheres in der Expedition d. Ztg.

Mein **Bureau** habe ich im Hause der Frau v. Chłapowska, nahe am Kreis-Gerichtsgebäude, eingerichtet.

Schroda, den 15. August 1866.

Wierzbowski,
Rechtsanwalt und Notar.

Wasserhelles Petroleum,

erste Sendung, **doppelt raffinirtes Rüböl** empfiehlt billigst und **8 Pfd. harte Seife** für 1 Thlr.

H. Michaelis,
Kleine Gerberstr. Nr. 11.

Feinstes pennsylv. Petroleum, à Quart 8 Sgr.,
dopp. raff. Rüböl,
Stearinkerzen, billigst bei

Ernst Malade, Friedrichsstr. 9.



Lilionese

ist von dem königl. preuß. Ministerium für Medizinal-Angelegenheiten geprüft u. besitzt die Eigenschaft, Frostschäden zu beseitigen, der Haut ihre jugendliche Frische wiederzugeben und alle Hautunreinigkeiten, als: Sommersprossen, Leberflecke, zurückgebliebene Pockenflecke, Finnen, trockene und feuchte Flechten, sowie Röthe auf der Nase (welche entweder Frost oder Schärfe gebildet hat) und gelbe Haut zu entfernen. Es wird für die Wirkung, welche binnen vierzehn Tagen erfolgt, garantirt, und zahlen wir beim Nichterfolg den Betrag retour.

Um Täuschungen zu vermeiden, wolle man genau beachten, daß auf dem Etiquett: **Rothe & Co.** bemerkt sein muß.

Preis pro ganze Flasche 1 Thlr.

Barterzeugungs-Pomade,

à Dose 1 Thlr.



Dieses Mittel wird täglich einmal Morgens in der Portion von zwei Erbsen in die Hautstellen, wo der Bart wachsen soll, eingerieben und erzeugt binnen sechs Monaten einen vollen kräftigen Bartwuchs. Dasselbe ist so wirksam, daß es schon bei jungen Leuten von 17 Jahren, wo noch gar kein Bartwuchs vorhanden ist, den Bart in der obengedachten Zeit hervorruft. Die sichere Wirkung garantirt die Fabrik von

Rothe & Co. in Berlin,
Kommandantenstr. 31.

Die alleinige Niederlage befindet sich in **Posen** bei Herrn

Herrmann Moegelin,
Bergstr. 9, Ecke der Wilhelmsstr.

Echt Liebigschen Fleisch-Extrakt in Kräuschen à 15 Sgr. empfiehlt

Elsner's Apotheke.

Vom 27. d. M. ab wird das Pfund **Obrowoer Butter** à 10 Sgr. verkauft.

Ein **Milchpächter**, der bereits seit 10 Jahren einen lebhaften Umsatz erzielt hat, sucht eine **Milchpacht** von ca. 300 Quart täglich. Näheres bei Herrn **Wolf Wagner** in Keilers Hotel Nr. 18.

Lotterie-Anzeige.

Die **Erneuerung** der Loose zur III. Klasse **königlich preußischer Landeslotterie** ist bis zum 7. September zu bewirken.

Postvorschüsse versende nur noch bis zum 20. August **einschließlich**, spätere Renovationen können nur gegen Einsendung des Betrages bewerkstelligt werden, §. 8.

Loose für neu eintretende Spieler, zum Ermäßigungssatze nach §. 3., für 3 Klasse:

$\frac{1}{1}$ **44 Thlr.**, $\frac{1}{2}$ **22 Thlr.**, $\frac{1}{4}$ **11 Thlr.**,
$\frac{1}{8}$ **6 Thlr.**, $\frac{1}{16}$ **3 Thlr.**, $\frac{1}{32}$ **$1\frac{1}{2}$ Thlr.**, $\frac{1}{64}$ **$22\frac{1}{2}$ Sgr.**

versendet, **alles auf gedruckten Antheilscheinen,** gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages

die **Staatseffekten-Handlung** von

M. Meyer in Stettin.

Markt u. Breslauerstr.-Ecke 60. ist **ein kleiner Laden** und **3 Stuben im ersten Stock sogleich** zu vermiethen; zu erfragen Gerberstraße 52. 1 Treppe.

Alten Markt Nr. 9. sind 3 Zimmer nebst Zubehör in der ersten Etage vom 1. Oktober zu verm.

Ein **Rechnungsführer**, der der deutschen und russischen Sprache mächtig ist, wird verlangt. Reflektanten wollen ihre Adresse unter Angabe ihrer früheren Beschäftigung sub **T. 51.** dem Intelligenz-Komptoir in Berlin franko einreichen.

Ein routinirter, mit guten Zeugnissen versehener Privatexpedient für das hiesige landräthliche Bureau gegen 15 bis 20 Thlr. monatlichen Gehalt wird sofort gewünscht.

Fraustadt, den 22. August 1866.

Der königliche Landrathsamt-Verweser
Graf Ahlimb-Saldern.

Drei **Malergehülfen** finden noch sofort dauernde Beschäftigung bei

C. A. Kluge, Maler,
kleine Gerberstraße Nr. 6.

Ein tüchtiger Kesselheizer für eine Dampfbrennerei kann sich melden bei dem Wirthschaftsamte zu Neudorf bei Wronke.

Einen Gärtner, der gleichzeitig das Revier beschießen kann und gute Zeugnisse beibringt, sucht auf persönliche Meldung das Dominium **Wioska** bei Rakwitz, Kreis Bomst.

Durch das **landwirthschaftliche Central-Versorgungs-Bureau** der Gewerbe-Buchhandlung von ***Reinhold Kühn*** in **Berlin**, Leipzigerstraße 14,, werden gesucht zum sofortigen Antritt resp. zu Michaelis c. 5 Inspektoren, 7 Hof- u. 1 Feldverwalter, 3 Rechnungsführer, 2 Wirthschaftsschreiber, 1 Polizei-Verwalter, 4 Brennerei-Verwalter, 2 herrschaftliche Jäger und Gärtner, 2 Landwirthschafterinnen, 2 Volontäre und 40 Oekonomie-Eleven unter sehr günstigen Bedingungen. Honorar nur für wirkliche Leistungen. Briefe finden innerhalb drei Tagen Beantwortung.

Ein beim Militair befindlicher Lehrer wünscht Privatunterricht zu ertheilen. Offerten: B. B. in der Exped. d. Ztg.

Auf dem Dom. **Wilkowo** ist die Hofverwalterstelle sofort zu besetzen. **Gehalt 80 Thlr.** ***A. Boldt.***

Eine **Lehrlings-Stelle** für einen hiesigen wohlerzogenen Knaben ist in meinem Geschäft vakant. ***J. Bendix.***

Verloren

eine schwarze lederne **Geldtasche**, enthaltend zwei Mehlkontobücher von **Beely & Co.** und **Dietz.** Dem Wiederbringer **1 Thlr. Belohnung.** ***J. Kratochwill,*** Mühlstr. 22.

---

8 Thaler

und Erstattung der Futterkosten erhält derjenige, der einen am 1. d. M. in **Gnesen** oder Umgegend verlaufenen jungen schwarzen Hühnerhund (Mylord) im Hôtel de l'Europe in **Gnesen** abgiebt.

So eben erschien in **Alfred Richter's Buchh.** in **Königsberg i. Pr.:**

Lenormand's
berühmtes
Zahlenorakel,

oder: **Die Kunst**, das Alter einer jeden Person oder jede Zahl unfehlbar zu errathen. Mit 7 Karten. Preis: $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Vorräthig in der Buchhandlung von

J. J. Heine in Posen,
Markt 85.

Soeben erschien in ***Alfred Richters*** Buchhandlung in **Königsberg i. Pr.:**

Bekenntnisse
einer
alten Zigeunermutter.

Bewährte Deutungen der menschlichen Zufälle und Lebensereignisse, Enthüllungen der Zukunft, Warnungen, sympathetische Haus- und Heilmittel, so wie Witterungs- und Bauernregeln. Herausgegeben von der 80jährigen

Barbara von Santafe.

Preis $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Vorräthig in der Buchhandlung von

J. J. Heine
in Posen, Markt 85.

Dem Provinzial-Verein zur Unterstützung der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger sind ferner zugegangen:

A. Geldspenden:

Von dem Vorstande des Zweigvereins zu Kempen 200 Thlr. Von dem Kreis-Vereine zu Meseritz durch dessen Vorsitzenden Herrn Landrath v. Flottwell in 2 Sendungen 450 Thlr. Durch Frau Landräthin Gregorovius zu Pleschen in 2 Sendungen 9 Thlr. und 13 Papier-Rubel. Durch Herrn Distrikts-Kommissar und Bürgermeister Friedrich zu Santomysl, Sammlung 23 Thlr. 5 Pf. Durch das Königl. Distrikts-Amt zu Nekla, Sammlung 43 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf. Durch Herrn Landrath Gläser zu Schroda Beitrag des Lokal-Vereins 34 Thlr. Durch Herrn Pastor Kuttner zu Klecko aus der Kirchenbüchse für verwundete Krieger am Siegesfeste 5 Thlr. 26 Sgr. 9 Pf. Von dem Lokal-Frauen-Verein zu Wągrowitz 12 Thlr. Durch das Stubenmädchen Wilhelmine Voß zu Trzemeszno, Sammlung unter ihren Mitschwestern 6 Thlr. Durch Herrn Lehrer Habermann zu Pudewitz Sammlung 23 Thlr. 18 Sgr. 8 Pf.

Gesammt-Einnahme: 2865 Thlr. 27 Sgr. 4 Pf. 1 Dukaten. 23 Rubel Papier.

B. An Materialien:

Aus Strzałkowo: 6 Paar Strümpfe, 7 Hemden, 2 lange Binden, Charpie, Verband-Leinwand. Aus Wreschen: 3 Hemden, 1 Paar Unterhosen, 1 altes Bettlaken zu Verband-Leinwand, Charpie. Von der Frau Landräthin Gregorovius aus Pleschen: 22 Binden, 2 Hemden, glatte und krause Charpie, Verbandleinwand. Durch das kgl. Distriktsamt Nekla: 5 brauchbare, 4 zerrissene Hemden zu Verbandleinwand, 1 Handtuch, 1 Fleck Shirting und Charpie. — 2 brauchbare Hemden und 10 Stück zu Verbandleinwand. — 4 brauchbare Hemden und 8 Stück zu Verbandleinwand, 1 Einbindefleck. — 3 brauchbare Hemden und 3 Stück zu Verbandleinwand, außerdem Verbandleinenzeug. — 4 brauchbare Hemden und 10 Stück zu Verbandleinwand, einige leinene Flecke. — 7 brauchbare Hemden, glatte und krause Charpie und Verbandleinenzeug. Vom Distriktskommissar und Bürgermeister Hrn. Friedrich aus Santomysl: 9 brauchbare und 43 Hemden zu Verbandleinwand. — 9 brauchbare und 25 Hemden zu Verbandleinwand. — 8 Hemden und 35 Hemden zu Verbandleinwand. — 16 alte Hemden und 18 zerrissene Hemden zu Verbandleinwand nebst einigem Verband-Leinenzeug. Von der Industrielehrerin Fräulein Klara Habermann aus Pudewitz: 1 Hemde, 2 alte Bettlaken zu Verbandleinwand und 1 Pack Charpie. Von der Frau Landräthin Gregorovius aus Pleschen: glatte und krause Charpie und 2 Flecken Beuteltuch incl. Verpackleinwand, $8\frac{2}{10}$ Pfd. Von Frau Obergrenzkontrolleur Kochinka und den Schülerinnen der Privatschule der Madame Brinkmann durch Oberzollinspektor Lange aus Strzałkowo 1 Paket glatte und krause Charpie. Aus dem Kreise und dem Damenverein Kempen durch das kgl. Landrathsamt daselbst: 12 neue Hemden, 13 alte Hemden, 7 Paar Unterhosen, 4 Ellen Gesundheitsflanell, 3 Paar Strümpfe, 1 Nachtjacke, 43 div. Binden, 1 kleine Bindeunterhose, 2 alte Tischtücher und 2 zerrissene Kissenbezüge zu Verbandzeug und außerdem 1 Parthie div. Verbandleinwand, glatte, krause, Gitter-Charpie.

Die auf Sonntag den 26. August anberaumt gewesene Versammlung des **landwirthschaftlichen** Vereins **Oborniker** Kreises wird **nicht** stattfinden.

Der Vereins-Vorstand.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag, 26. Aug., Vorm. 10 Uhr: Herr Oberpred. Klette. — Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor Schönborn.

Petrikirche. Petrigemeinde. Sonntag, 26. August, früh $10\frac{1}{2}$ Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Goebel. Abends 6 Uhr Herr Prediger Giese.

Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 26. August, Vorm. 8 Uhr, Abendmahlsfeier. — 9 Uhr, Predigt: Herr Prediger Herwig. Freitag, 31. Aug., Abends 6 Uhr: Herr Prediger Herwig.

Garnisonkirche. Sonntag, 26. Aug., Vorm. 10 Uhr: Herr Milit. Oberpred. Haendler.

Evang. luther. Gemeinde. Mittwoch, 29. Aug., Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 16. bis 23. August:
getauft: 6 männliche, 9 weibliche;
gestorben: 30 männliche, 27 weibliche.
getraut: — Paar.

Familien-Nachrichten.

Gestern Abend 10 Uhr verschied nach 9wöchentlichen schweren Leiden an den Folgen der Lungenentzündung unser lieber Sohn **Richard Falbe**, einjähriger Freiwilliger bei dem Königl. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2.

Mit der Bitte um stille Theilnahme zeigen dies an

die trauernden Hinterbliebenen.

Posen, den 24. August 1866.

Gestern früh 7 Uhr starb mein guter Vater, der Kreisgerichtsbotenmeister **Friedrich Loebe** im 62. Lebensjahre an der Cholera.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 25. d. M., Abends 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Dies zeige ich Freunden und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, tiefbetrübt an.

Posen, den 24. August 1866.

Der hinterbliebene Sohn.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Rektor E. Feige mit Frl. A. Teichelmann in Neu-Ruppin, Herr Philipp v. Bujak-Ramberg mit Frl. Sperber-Kleschowen in Kleschowen.

Geburten. Ein Sohn dem Dr. Jänicke in Wriezen, dem Freiherrn von Thermo in Bernsdorf, Herrn v Peucker in Burg Flechtingen, dem Pfarrer Weinheimer in Herzkamp. Eine Tochter dem Grafen zu Limburg-Stirum in Potsdam.

Todesfälle. Oberst z. D. Trützschler von Falkenstein in Breslau, Ober-Regierungsrath a. D. Scharfenort in Liegnitz, Konditor Zebger in Newyork, Fr. Rentier Röwer in Berlin, Unteroffizier im 2. Garde-Landw.-Regiment Bartneck in Treuenbriezen, Oberlehrer Bußmann in Berlin, Lehrer emerit. K. Eccard in Friedrichswalde, Fr. Postmeister Holzhausen in Angermünde, verw. Fr. Rendant Bold in Berlin.

Kellers Sommertheater.

Freitag, **Extravorstellung** à $7\frac{1}{2}$ Sgr.: Auf allgemeines Verlangen: **1733 Thlr. $22\frac{1}{2}$ Sgr.** Posse mit Gesang in 1 Akt von Jacobson. — **Die Maskerade im Dachstübchen.** Schwank in 1 Akt von Meixner. — **Der letzte dumme Streich.** Lustspiel in 1 Akt von Görner.

Sonnabend: **Eine leichte Person.** Posse mit Gesang in 3 Akten und 8 Bildern von Bittner und Pohl. Musik von Conradi.

Volksgarten.

Freitag und Sonnabend

Streich-Concert

und humoristische Gesangsvorträge.

Anfang halb 6 Uhr. Entrée $1\frac{1}{2}$ Sgr.

Emil Tauber.

Asch's Café.

Markt 10.

Heute **Konzert** und **erstes** Auftreten des hier so beliebt gewordenen

Komikers Herrn Dartsch
aus Breslau.

Fehrle's Gesellschaftsgarten,

kleine Gerberstraße Nr. 7.

Täglich großes Konzert

von der Langeschen Sänger-Gesellschaft, unter Mitwirkung der berühmten Konzert-Sängerin Fräulein Mathilde Schnelle aus Berlin.

Anfang 5 Uhr. Entree $1\frac{1}{2}$ Sgr.

E. Fehrle.

Lokal-Eröffnung.

Die Eröffnung meines Restaurations- und Bierlokals erlaube ich mir hiermit anzuzeigen. Morgen, Sonnabend, zum Abendessen **Entenbraten,** wozu ergebenst einladet

Louise Kretzer,
St. Adalbert 50. am Wronker Thore.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 24. August 1866. **(Wolff's telegr. Bureau.)**

		Not. v. 23.
Roggen, schwankend.		
August-Septbr. . .	$46\frac{1}{4}$	$45\frac{1}{2}$
Septbr.-Oktbr. . .	$45\frac{3}{8}$	45
Spiritus, fest.		
August-Septbr. . .	$14\frac{1}{4}$	$14\frac{1}{24}$
Septbr.-Oktbr. . .	$14\frac{1}{4}$	$14\frac{1}{24}$
Rüböl, fest.		
August-Septbr. . .	$12\frac{3}{8}$	$12\frac{3}{8}$
Septbr.-Oktbr. . .	$12\frac{1}{8}$	$12\frac{1}{12}$

		Not. v. 23.
Fondsbörse: still.		
Amerikaner	$74\frac{5}{8}$	$74\frac{5}{8}$
Staatsschuldscheine .	$83\frac{1}{2}$	$83\frac{1}{2}$
Neue Posener 4% Pfandbriefe	$89\frac{3}{4}$	$89\frac{3}{4}$
Russische Banknoten	74	$74\frac{1}{2}$
Russ. Pr.-Anl., alte	$83\frac{7}{8}$	$84\frac{1}{4}$
do. do. neue	$80\frac{3}{4}$	$81\frac{1}{8}$

Kanalliste: Nicht gemeldet.

Stettin, den 24. August 1866. **(Marcuse & Maass.)**

		Not. v. 23.
Weizen, niedriger.		
Septbr.-Oktbr. . .	68	$68\frac{3}{4}$
Oktbr.-Novbr. . .	67	$67\frac{1}{2}$
Frühjahr 1867 . .	67	$67\frac{1}{2}$
Roggen, flauer.		
Septbr.-Oktbr. .	$43\frac{1}{4}$	44
Oktbr.-Novbr. . .	$43\frac{1}{4}$	$43\frac{3}{4}$
Frühjahr 1867 . .	$43\frac{1}{8}$	44

		Not. v. 23.
Rüböl, matt.		
Septbr.-Oktbr. . . .	$11\frac{11}{12}$	$11\frac{5}{6}$
April-Mai 1867 . .	$12\frac{1}{3}$	12
Spiritus, unverändert.		
Septbr.-Oktbr. . . .	$13\frac{3}{4}$	$13\frac{3}{4}$
Oktbr.-Novbr. . . .	$13\frac{3}{4}$	$13\frac{3}{4}$
Frühjahr 1867 . . .	$14\frac{1}{3}$	$14\frac{1}{3}$

Börse zu Posen

am 24. August 1866.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe $89\frac{3}{4}$ Gd., do. Rentenbriefe $89\frac{3}{4}$ Gd., polnische Banknoten $74\frac{1}{4}$ Gd.

Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] pr. August $40\frac{1}{2}$ Br. u. Gd., August-Septbr. $40\frac{1}{3}$ Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. $40\frac{3}{4}$ Br., $\frac{1}{2}$ Gd., Herbst $40\frac{1}{2}$ Gd., Oktbr.-Novbr. $40\frac{1}{4}$ Gd., Novbr.-Dezbr. 40 Gd.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) pr. August $13\frac{1}{3}$ Gd., $\frac{5}{12}$ Br., Septbr. $13\frac{1}{3}$ Gd., $\frac{5}{12}$ Br., Oktbr. $13\frac{5}{12}$ Br. u. Gd., Novbr. $13\frac{1}{3}$ Br. u. Gd., Dezbr. $13\frac{1}{3}$ Br. u. Gd., Januar 1867 $13\frac{5}{12}$ Br. u. Gd.

Posener Marktbericht vom 24. August 1866.

	von Thl.	von Sgr	von Pf	bis Thl.	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Metzen	2	15	—	2	20	—
Mittel-Weizen	2	10	—	2	12	6
Ordinärer Weizen	1	24	—	1	26	—
Roggen, schwere Sorte	1	21	3	1	24	—
Roggen, leichtere Sorte	1	18	—	1	20	—
Große Gerste	1	10	—	1	15	—
Kleine Gerste	1	5	—	1	12	6
Hafer	—	24	—	1	1	3
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen	2	28	9	3	—	—
Winterraps	2	27	6	3	2	6
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	10	—	—	12	—
Butter, 1 Faß zu 4 Berliner Quart	1	25	—	2	10	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee, dito	—	—	—	—	—	—
Heu, dito	—	—	—	—	—	—
Stroh, dito	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles,
am 23. August 1866 } kein Geschäft.
= 24. = }

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Produkten-Börse.

Berlin, 23. August. Nach amtlicher Aufstellung sind während der Woche vom 17.—23. August c. die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus p. 8000 % nach Tralles frei hier ins Haus geliefert, wie folgt festgesetzt, am
17. August 1866 . . . 14⅛—14 10/24 Rt.
18. = = . . . 14⅙ Rt.
20. = = . . . 14⅙—14 17/24 Rt.
21. = = . . . 14⅜—14 7/12 Rt. } ohne Faß.
22. = = . . . 14⅜—14⅙ Rt.
23. = = . . . 14⅙—14 7/12 Rt.
(B. H. Z.)

Berlin, 23. August. Wind: NO. Barometer: 28⁴. Thermometer: früh 12° +. Witterung: Sehr schön.
Im Verkehr mit Roggen herrschte im Beginn des heutigen Marktes wieder eine entschieden flaue Stimmung, wie daß die vielseitigen Anerbietungen und die Bereitwilligkeit, auf schlechtere Gebote einzugehen, genugsam beweiset. Allmälig verloren die Offerten indessen das Uebergewicht und es begann ein successives langsames Anziehen der Preise, wodurch der anfängliche Rückschlag vollständig eingeholt wurde. Etwas mehr Beachtung zeigte sich heute für disponiblen Roggen, so daß Eigner zu weiterer Nachgiebigkeit nicht genöthigt waren.
Rüböl wurde durch Deckungskäufe auf laufenden Monat im Werthe sichtlich gehoben, der Umsatz war jedoch beschränkt.
Spiritus in trägem Verkehr bei ziemlich unveränderten Preisen. Gekündigt 200,000 Quart. Kündigungspreis 14 1/24 Rt.

Weizen loko ziemlich behauptet, von Terminen nur Frühjahr billiger. [illegible]

[illegible] Novbr. 12 a 1/24 bz., Novbr.= [illegible]
Leinöl loko 14⅔ Rt.
Spiritus p. 8000 % [illegible] a 14⅛ a 1/12 bz., Br. u. Gd., [illegible] Novbr. do., Novbr.-Dezbr. 1[illegible]

Stettin, 23. August. [illegible] Wind: NO. [illegible] 3'''.
Weizen etwas fester, [illegible] 67—70 bz., mit Auswuchs 56[illegible] 70 bz., August-Septbr. 69 [illegible] Gd., Oktbr.-Novbr. 67¾ bz. [illegible] Gd., ¼ Br.
Roggen etwas fester, [illegible] August-Septbr. und Septbr. [illegible] Novbr. 43/4 Br., 43½ Gd., [illegible]
Gerste loko p. 70pfd. [illegible] Lieferzeit 39 bz., Oderbruch 3[illegible]
Hafer loko p. 50pfd. 24-[illegible]
Erbsen pr. Frühjahr [illegible]
Rüböl matter, loko 12[illegible] Gd., 11⅚ Br., Oktbr.-Novbr. [illegible]
Spiritus gut behaupt[illegible] Oktbr. 13¾ bz., Oktbr.-Novb[illegible]
Angemeldet: 10,000 Qu[illegible]

Breslau, 23. August. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (p. 2000 Pfd.) matter, [illegible] Septbr. 39½ Br., Septbr.-Oktbr. [illegible] 39½ bz., Novbr.-Dezbr. 39¾ [illegible]
Weizen pr. August 59 Br. [illegible]
Hafer, gek. 500 Ctr., pr. [illegible]
Rüböl matter, loko 11⅔ B[illegible] Septbr.-Oktbr. 11⅙ bz., Oktbr. [illegible] April-Mai 11⅔ Br.
Spiritus wenig verändert [illegible] pr. August und August-Septbr. [illegible] Novbr. 13 7/12—⅝ bz., Novbr.-Dezbr. 13⅛ [illegible] Gd., April-Mai 14 Br.
Zink fest.
Die Börsen-Kommission.
(Bresl. Hdls.-Bl.)

[illegible]

Telegraphische Börsenberichte.

[illegible]

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866.

[illegible]

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 23. August 1866 Vormittags 8 Uhr 1 Fuß 2 Zoll.
= 24. = = = 1 = 1 =

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 23. August 1866.

Preußische Fonds.

	Zf.	Kurs
Freiwillige Anleihe	4½	98 B
Staats-Anl. 1859	5	102¾ bz
do. 54, 55, 57	4½	98 bz
do. 56, 1859	4½	98 bz
do. 1864	4½	98 bz
do. 50, 52 conv.	4	90 bz
do. 1853	4	90 bz
do. 1862	4	90 bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	123½ bz
Staats-Schuldsch.	3½	83½-¾ bz
Kur-u. Neum. Schldv	3½	—
Oder-Deichb.-Obl.	4½	—
Berl. Stadt-Obl.	4½	98¼ G 5% 102¼ [bz]
do. do.	3½	82½ bz
Berl. Börsenh.-Obl.	5	101½ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	81¼ bz
do. (Märkische)	4	91¼ bz
Ostpreußische	3½	79½ G
do.	4	87⅞ bz
Pommersche	3½	81⅛ bz
do. neue	4	91⅛ bz
Posensche	4	—
do.	3½	—
do. neue	4	89¾ bz
Schlesische	3½	88½ G
do. Litt. A.	3½	—
Westpreußische	3½	78⅝ bz
do.	4	86¾ G
do. neue	4	86 G
do. do.	4½	93½ bz
Rentenbriefe: Kur-u. Neumärk.	4	91⅞ bz
Pommersche	4	91⅞ bz
Posensche	4	89¾ bz
Preußische	4	91 bz
Rhein.-Westf.	4	94 B
[illegible]		

Die Börse war zwar heut im Ganzen recht fest, [illegible]

Breslau, 23. August. [illegible]

Ausländische Fonds.

	Zf.	Kurs
Oestr. Metalliques	5	46½ G
do. National-Anl.	5	50¾ bz u G
do. 250fl. Präm. Ob.	4	55 G
do. 100fl. Kred. Loose	—	62 G
do. 5prz. Loose (1860)	5	59¼-59 bz
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	35½ bz
do. Slb.-Anl. 1864	5	58 G
Italienische Anleihe	5	53¾ bz u B
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	63½ bz
6. do.	5	82¾ bz
Englische Anl.	5	87 bz
N. Russ. Egl. Anl.	3	53 etw bz
do. v. J. 1862	5	87¾ bz
do. 1864	5	90 G
do. engl.	5	89 G
do. Pr.-Anl. 1864	5	84-84¼ bz, n. 80⅛ [81⅛ bz]
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	64 bz
do. fl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	89 B
Pfdbr. n. i. SR.	4	61½ bz
Part. O. 500 Fl.	4	87 B
Amerik. Anleihe	6	75 Anf-74⅞ bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	54⅜ B
Neue Bad. 35fl. Loose	—	30⅛ B
Dessauer Präm. Anl.	3½	99¾ G
Lübecker Präm. Anl.	3½	50 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

	Zf.	Kurs
Berl. Kassenverein	4	145 G
Berl. Handels-Ges.	4	107 G
Braunschwg. Bank	4	81 G
Bremer do.	4	115 G
Coburger Kredit-do.	4	92½ G
Danzig. Priv.-Bk.	4	107 G
Darmstädter Kred.	4	82¾ bz
do. Zettel-Bank	4	97½ G
Dessauer Kredit-B.	0	2¼ G
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	99½ bz
Genfer Kreditbank	4	30¾ B
Geraer Bank	4	106 B
Gothaer Privat do.	4	97½ B
[illegible]		
Leipziger Kreditbk.	4	81 B
Luxemburger Bank	4	82½ G
Magdeb. Privatbk.	4	95½ B
Meininger Kreditbk.	4	96 B
Moldau. Land. Bk.	4	23 bz
Norddeutsche do.	4	115¾ bz
Oestr. Kredit- do.	5	56¼-¾-½ bz
Pomm. Ritter- do.	4	90½ G
Posener Prov. Bank	4	98 bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	159¾ bz u B
Schles. Bankverein	4	110 B
Thüring. Bank	4	65 G
Vereinsbnk. Hamb.	4	108 G
Weimar. Bank	4	97¼ etw bz
Prß. Hypoth.-Vers.	4	111½ bz
do. do. Certific.	4½	101 B
do. do. (Henkel)	4	97 G
Henkelsche Kred. B.	4	97 B

Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	Kurs
Aachen-Düsseldorf	4	85 G
do. II. Em.	4	84½ B
do. III. Em.	4½	95 G
Aachen-Mastricht	4½	57 bz
do. II. Em.	5	56½ G
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	95¾ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	77 bz
do. Lit. B.	3½	77 bz
do. IV. Ser.	4½	95 B
do. V. Ser.	4½	94½ B
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	94 G
III. S. (Dm.-Soest	4	84 bz
do. II. Ser.	4½	94 G
Berlin-Anhalt	4	92 G
do.	4½	96½ G
do. Litt. B.	4	94¼ bz
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	90 B
do. Litt. B.	4	90 B
do. Litt. C.	4	89 bz
[illegible]		
Berl.-Stet. III. Em.	4	86 B
do. IV. S. v. St. gar.	4½	97 B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	98 bz
Cöln-Minden	5	— —
do. II. Em.	4	90 G
do.	4	85½ B
do. III. Em.	4½	95¼ bz
do.	4	85½ bz
do. IV. Em.	4	83 bz
do. V. Em.	4	83½ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
do. 1865	3	95½ B
Magdeb. Halberst.	5	69 G
Magdeb. Wittenb.	4	85 bz
Mosco-Rjäsan S. g.	4	90¼ bz
Niederschles. Märk.	4	88 B
do. II. c.	4	90¼ bz
do. conv.	4½	— —
do. conv. III. Ser.	5	97½ G
do. IV. Ser.	4	99 B
Niederschl. Zweigb.	4	—
Nordb., Fried. Wilh.	3½	—
Oberschles. Litt. A.	4	—
do. Litt. B.	4	—
do. Litt. C.	3½	79½ B
do. Litt. D.	4½	94½ B
do. Litt. E.	3	242 bz
do. Litt. F.	3	218 bz
Oestr. Französ. St.	5	—
Oestr. südl. Staatsb.	5	—
Pr. Wilh. I. Ser.	5	—
do. II. Ser.	4	—
do. III. Ser.	3½	—
Rheinische Pr. Obl.	4½	94½ G
do. v. Staat garant.	4½	94½ B
do. Prior. Obl.	4½	98 bz
do. 1862	4½	95¾ bz
do. v. Staat garant	4½	95¼ bz
Rhein-Nahe v. St g.	4½	—
do. II. Em.	4	[illegible]
Ruhrort-Crefeld		[illegible]
do. II. Ser.		[illegible]
[illegible]		
Starg.-Pos. II. Em.	4½	91½ G
do. III. Em.	4½	91½ G
Thüringer	4	93 B
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	4½	97½ B

Eisenbahn-Aktien.

	Zf.	Kurs
Aachen-Düsseldorf	3½	— —
Aachen-Mastricht	4	33 bz
Amsterd. Rotterd.	4	107½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	152½-52 bz
Berlin-Anhalt	4	209½-8½ B
Berlin-Hamburg	4	159 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	204½ bz
Berlin-Stettin	4	128 bz
Berlin-Görlitz	4	76 bz
do. Stamm-Prior.	5	100½ bz
Böhm. Westbahn	5	58 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	137 bz
Brieg-Neiße	4	99¾ B
Cöln-Minden	4	152-52½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	52½ B
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	5	— —
Gal. C.-Ludwg.	5	80 B
Ludwigshaf.-Berb.	4	147 G
Magdeb. Halberst.	4	199 G
Magdeb. Leipzig	4	260 bz
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	128¾ bz
Mecklenburger	4	71 bz
Münster-Hammer	4	89½ B
Niederschles. Märk.	4	90⅞ B
Niederschl. Zweigb.	4	69¾ G
Nordb., Frd. Wilh.	4	69½-69-⅞ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	167½-68¼-68 bz
do. Lt. B.	5	148 bz
Oest. Franz. Staat.	5	95 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	4	103¾-½ bz
Oppeln-Tarnowitz	5	76 B
Rheinische	4	119 bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
[illegible]		
Russ. Eisenbahnen	5	76¼ bz
Stargard-Posen	3½	93 B
Thüringer	4	134 B

Gold, Silber und Papiergeld.

		Kurs
Friedrichsd'or	—	113¾ G
Gold-Kronen	—	9. 8¾ G
Louisd'or	—	110¼ G
Sovereigns	—	6. 24 G
Napoleonsd'or	—	5. 12 bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	63 bz
Dollars	—	11¾ G
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 Rt 29 Sgr G
K. Sächs. Kass. A.	—	— —
Fremde Noten	—	99⅜ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	— —
Oestr. Banknoten	—	79½ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	74⅝ bz

Industrie-Aktien.

	Zf.	Kurs
Dess. Kont. Gas-A.	5	154 bz, lg. 146 [G]
Berl. Eisenb. Fab.	5	97 G
Hörder Hüttenv. A.	5	107½ B
Minerva, Brgw. A.	5	34½ B
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia	4	— —

Wechsel-Kurse vom 23. August.

	Zf.	Kurs
Amstrd. 250fl. 10 T.	6	143⅞ bz
do. 2 M.	6	142⅝ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	4½	151⅞ bz
do. do. 2 M.	4½	151 bz
London 1 Lstr. 3 M.	7	6 22⅝ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3½	80⅝ bz
Wien 150 fl. 8 T.	5	79 bz
do. do. 2 M.	5	78⅝ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	6	56 24 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	5	57 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	6	99⅚ G
do. do. 2 M.	6	99⅙ G
Petersb. 100R. 3 W.	6	81⅓ bz
do. do. 3 M.	6	80⅛ bz
[illegible]		

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

[illegible]

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. W. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.